



# Staats-Anzeiger

## FÜR DAS LAND HESSEN

1Y 6432 A

1967

Montag, den 27. März 1967

Nr. 13

	Seite		Seite
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei —		Flughafen Frankfurt/Main . . . . .	382
Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	377	Aufstufung der im Zuge der Landesstraße 3001 gelegenen Gemeindefstraße (Weiherstraße) zur Landesstraße in der Ortslage Offenthal, Landkreis Offenbach . . . . .	384
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 2. 1967 bis 10. 3. 1967 . . . . .	378	Änderung der Telefonnummer des Hessischen Straßenbauamtes Hanau . . . . .	384
Der Hessische Minister des Innern		Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen	
Anwendung des Europäischen Übereinkommens vom 20. 4. 1959 über die Aufhebung des Sichtvermerkszwangs für Flüchtlinge	378	Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen . . . . .	384
Richtlinien zur Ermittlung der Zahl von Stellplätzen (Stellplatz-Richtlinien) . . . . .	378	Kriegsopferfürsorge; hier: Berücksichtigung von Beiträgen zur Weiterversicherung in den Rentenversicherungen im Rahmen der Berufsförderungsmaßnahmen nach § 26 des Bundesversorgungsgesetzes — BVG — i. Verb. m. § 18 der Verordnung zur Kriegsopferfürsorge i. d. F. vom 27. 8. 1965 (BGBl. I S. 1032) — KffürsV — . . . . .	384
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr		Richtlinien über Ausweise für Schwerbeschädigte und Schwerbehinderte vom 11. 10. 1965 . . . . .	385
Fortführung der Frachthilfe im hessischen Zonenrandgebiet für die Zeit vom 1. 1. 1967 bis 30. 6. 1967 . . . . .	379	Erhöhung der Elternrente nach § 51 Abs. 3 in Verbindung mit § 51 Abs. 7 BVG . . . . .	385
Widmung einer im Zuge der Landesstraße 3065 neugebauten Straße und Umstufung von Teilstrecken der Landesstraße 3065 und Kreisstraße 117 in den Gemarkungen Nieder-Klingen, Lengfeld und Habitzheim, Landkreis Dieburg . . . . .	379	Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten	
Widmung der im Zuge der Bundesstraße 417 neugebauten Straße und Abstufung der Teilstrecke der bisherigen Bundesstraße 417 in der Ortslage bzw. Gemarkung Kirberg, Landkreis Limburg . . . . .	380	Verwaltungsänderungen der Hessischen Forstverwaltung; hier: Verstaatlichung der Gemeinderevierförsterei Albshausen, Forstbetriebsverband Oberndorf, Kreis Wetzlar . . . . .	385
Aufstufung der im Zuge der Kreisstraße 724 gelegenen Gemeindefstraßen (Butzbacher und Usinger Straße) in der Ortslage Wernborn, Landkreis Usingen . . . . .	380	Personalnachrichten	
Widmung der im Zuge der Landesstraße 3405 neugebauten Straße und Abstufung der Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3405 in der Gemarkung Hainhausen, Landkreis Offenbach . . . . .	380	Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen . . . . .	385
Aufstufung einer Gemeindefstraße (Schwalheimer Straße) und Abstufung bzw. Einziehung der Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3134 sowie Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 13 in der Ortslage Bad Nauheim, Landkreis Friedberg . . . . .	381	Im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr . . . . .	386
Widmung von im Zuge der Landesstraßen 3145 und 3156 neugebauten Strecken und Abstufung bzw. Einziehung bisheriger Teilstrecken in der Gemarkung Alsfeld, Landkreis Alsfeld . . . . .	381	Regierungspräsidenten	
Aufstufung der Gemeindefstraßen Wagner- und Robert-Bloch-Straße zur Landesstraße 3097 in der Ortslage Urberach, Landkreis Dieburg . . . . .	382	WIESBADEN	
		Genehmigung zur Auflösung der Pferde- und Rindvieh-Versicherungsgesellschaft a. G. in Kelkheim-Münster . . . . .	387
		Buchbesprechungen . . . . .	387
		Öffentlicher Anzeiger	
		Bekanntmachung betr. Löschung im Naturdenkmalbuch . . . . .	395

Die 3. Folge 1967 der monatlich erscheinenden Beilage

### „Rechtsprechung der Hessischen Verwaltungsgerichte“

ist dieser Ausgabe des Staats-Anzeigers für die ständigen Bezieher kostenlos beigelegt.

292

#### Der Hessische Ministerpräsident

##### Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland

Der Herr Bundespräsident hat auf Vorschlag des Herrn Ministerpräsidenten den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland an folgende besonders verdiente Frauen und Männer verliehen:

##### Großes Verdienstkreuz mit Stern

Müller, Dr. Walter, Staatssekretär, Wiesbaden.

##### Großes Verdienstkreuz

Görner, Dr. Erich, Präsident des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes, Wiesbaden; Lindner, Prof. Dr. Dr. h. c. Dr. h. c. Fritz, Mitglied des Vorstandes der Farbwerke Hoechst AG., Hofheim/Ts.; Mehmel, Prof. Dr. habil., Alfred, Ministerialrat a. D., Darmstadt.

##### Verdienstkreuz I. Klasse

Emde, Karl, Bürgermeister a. D., Arolsen; Gläß, Prof. Dr., Theodor, Stadtrat a. D., Frankfurt a. M.; Hattemer, Dr. Nikolaus, Prälat, Viernheim; Kaiser, Dr., Max, Stellv. Hauptgeschäftsführer, Frankfurt am Main; Maus, Robert, Fabrikant, Vorsitzender des Fachverbandes Betonfertigteile Hessen e. V., Mittelheim/Rhg.; Romberg, Hermann, Pfarrer i. R., Wiesbaden; Sontheimer, Dipl.-Ing., Ludwig, Offenbach am Main; Stephan geb. Jacobi, Frau Else, Oberstudienrätin, Bad Homburg v. d. H.; Weber, Dr., Ernst, Rechtsanwalt und Notar, Melsungen.

##### Verdienstkreuz am Bande

Contzen geb. Schudt, Frau Verena, Stellv. Vorsitzende des Ortsvereins Bad Homburg des DRK, Bad Homburg v. d. H.; Gowa, Hermann Henry, Fachschullehrer a. D., Offenbach

am Main; H ü s k e n, Walter, Rektor a. D., Frankfurt am Main; K u c k e l k o r n, Wilhelm, Verwaltungs-Oberrat, Kassel; S a a l w ä c h t e r, Andreas, Stadtkassendirektor a. D., Offenbach am Main.

#### Verdienstmedaille

B r e n d e l, Heinrich, Haumeister, Oberreifenberg/Ts.

Wiesbaden, 10. 3. 1967

**Der Hessische Ministerpräsident**  
— Staatskanzlei —  
— II B/2 — 14a 02/01 —  
StAnz. 13/1967 S. 377

**293**

#### Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 2. 67 bis 10. 3. 67

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt 6200 Wiesbaden, Rheinstraße 35—37.

#### Staat und Wirtschaft in Hessen

Februar 1967, 22. Jahrgang, 2. Heft 1,50

#### Aus dem Inhalt:

Der Beitrag der kreisfreien Städte im Bereich der Dienstleistungen

Der Verbrauch an Handelsdünger 1965/66

Die Binnenschifffahrt 1966

Die Gemeindefinanzen 1965

Krankenhausverweildauer und Therapie bei ausgewählten Krankheiten und bei Unfällen

Hessischer Zahlenspiegel

#### Beiträge zur Statistik Hessens

Nr. 22 Neue Folge  
Obstbaumzählung 1965 3,—

#### Statistische Berichte

**C III 2 — j/66**  
Die Schlachtungen in Hessen 1966  
— Jahresbericht — 1,—

**C III 2 — m 1/67**  
Die Schlachtungen in Hessen im Januar 1967 —,50

**C III 3 — m 1/67**  
Milcherzeugung und -verwendung in Hessen im Januar 1967

Milcherzeugung (Januar — 31 Tage —) —,50

**C III 6 — j/66**  
Brut und Schlachtungen von Geflügel in Hessen im Jahr 1966 —,50

**C IV 3 — m 1/67**  
Ergebnisse aus betriebs- und marktwirtschaftlichen Meldungen in Hessen im Januar 1967 —,50

**E I 1 — m 12/66**  
Die Industrie in Hessen im Dezember 1966 und im Jahre 1966 1,50

**F II 1 — m 12/66**  
Die erteilten Baugenehmigungen in Hessen im Dezember 1966  
(mit Kreisergebnissen für das 4. Vierteljahr 1966) —,50

**F II 1 — m 1/67**  
Die erteilten Baugenehmigungen in Hessen im Januar 1967 —,50

**G I 1 — m 1/67**  
Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung im Einzelhandel im Januar 1967 — Schnellmeldung (Vorläufige Zahlen) —,50

**G I 1 — m 1/67**  
Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel im Januar 1967 —,50

**G III 1 — m 12/66**  
Die Ausfuhr Hessens im Dezember 1966 1,—

**G IV 1 — hj 1/66**  
Der Fremdenverkehr in den Hessischen Berichtsgemeinden im Sommerhalbjahr 1966 1,50

**G IV 3 — m 1/67**  
Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im hessischen Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe im Januar 1967 —,50

**H I 4 — m 12/66**  
Der Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im Dezember 1966 und im Jahr 1966 —,50

**H II 1 — m 1/67**  
Die Binnenschifffahrt in Hessen im Januar 1967 1,—

**L II 1 — m 1/67**  
Landes- und Bundessteuern im Januar 1967 in Hessen (Kassenmäßiges Aufkommen) —,50

**M I 2 — m 1/67**  
Verbraucherpreise in Hessen im Januar 1967 1,50

Wiesbaden, 10. 3. 1967

Hessisches Statistisches Landesamt

StAnz. 13/1967 S. 378

**294**

### Der Hessische Minister des Innern

#### Anwendung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Aufhebung des Sichtvermerkszwangs für Flüchtlinge (BGBl. 1961 II S. 1097)

Bezug: Runderlaß vom 13. 12. 1961 (StAnz. S. 1498)

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarates ist das Europäische Übereinkommen über die Aufhebung des Sichtvermerkszwangs für Flüchtlinge am 21. Januar 1967 für die Schweiz in Kraft getreten. Es ist nunmehr zwischen folgenden Vertragsparteien wirksam:

Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden und der Schweiz.

Wiesbaden, 8. 3. 1967

**Der Hessische Minister des Innern**  
— III A 31 — 23 c 02 —  
StAnz. 13/1967 S. 378

**295**

An die  
Herren Regierungspräsidenten  
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den  
Magistrat  
der Stadt Frankfurt am Main  
— Bauaufsichtsbehörde —

Frankfurt (Main), Buchgasse 9

#### Richtlinien zur Ermittlung der Zahl von Stellplätzen (Stellplatz-Richtlinien)

Nach § 2 der Reichsgaragenordnung vom 17. Februar 1939 (RGBl. I S. 219), zuletzt geändert durch das hessische Gesetz vom 7. Dezember 1956 (GVBl. S. 163), sind unter den dort genannten Voraussetzungen bei der Errichtung baulicher Anlagen und bei Um-, An- und Erweiterungsbauten für die

vorhandenen und zu erwartenden Kraftfahrzeuge Stellplätze zu schaffen.

1. Zur Ermittlung der erforderlichen Zahl der Stellplätze sind in der nachstehend abgedruckten Übersicht (Anlage) Richtzahlen angegeben. Sie sollen nur einen Anhalt bieten; maßgebend sind stets — auch für eine satzungsrechtliche Regelung — die örtlichen Verhältnisse.

2. Für bauliche Anlagen, für die Richtzahlen nicht angegeben sind, (z. B. Ausstellungsgebäude, Museen, Friedhöfe) sowie für Zelte, Hallen und andere Bauten für vorübergehende Zwecke ist der Bedarf an Stellplätzen nach dem Einzelfall festzulegen.

Bei Betrieben, die dem Kraftverkehr dienen (z. B. Reparaturwerkstätten, Tankstellen mit Wagenpflege) werden je nach Einzelfall höhere Forderungen gestellt werden müssen. In der Regel werden mindestens drei Stellplätze auf je einen Beschäftigten zu fordern sein.

Bei Theatern, Konzerthäusern, sonstigen Versammlungsstätten, Ausflugsstätten mit mehr als 100 Sitzplätzen sowie bei Sportstätten von überörtlicher Bedeutung ist außer den Stellplätzen für Personenkraftwagen auch stets eine ausreichende Zahl von Stellplätzen für Omnibusse zu fordern. Bei Gaststätten und Beherbergungsbetrieben können Omnibusstellplätze nach Bedarf gefordert werden.

3. Ohne Berücksichtigung der Zu- und Abfahrten sind der Berechnung des Flächenbedarfs folgende Platzgrößen je Personenkraftwagen zugrunde zu legen:

- bei Aufstellung unter 45° 18 m²,
- unter 60° 16 m²,
- unter 90° 13 m².

Mit Berücksichtigung der Zu- und Abfahrten sind — auch für Lastkraftwagen und Omnibusse — folgende Platzgrößen je Fahrzeug anzusetzen:

- für 1 Personenkraftwagen oder 1 Lastkraftwagen bis zu 2,5 t Gesamtgewicht oder 1 Omnibus mit höchstens 10 Sitzplätzen oder 1 Anhänger 25 m²,
- für 1 Lastkraftwagen von mehr als 2,5 t bis zu 10 t Gesamtgewicht oder 1 Omnibus mit mehr als 10 Sitzplätzen 50 m²,
- für 1 Lastkraftwagen von mehr als 10 t Gesamtgewicht 100 m²,
- für 1 Lastzug mit einem Zugfahrzeug von mehr als 10 t Gesamtgewicht oder 1 Sattelkraftfahrzeug oder 1 Gelenk Omnibus 150 m².

Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.

Wiesbaden, 20. 2. 1967

**Der Hessische Minister des Innern**  
VA 1/VA 4 — 64 c 12 — 1/67  
StAnz. 13/1967 S. 378

\*

Anlage zum Erlaß HMdI  
VA 1/VA 4 — 64 c 12 — 1/67  
vom 20. Februar 1967

Lfd. Nr.	Bauliche Anlage, Betrieb	je ein Stellplatz für
1.	Wohngebäude	1 Wohnung
2.	Wohnheim	2— 5 Betten
3.	Altenheim	5—10 Betten
4.	Ladengeschäft u. Warenhaus	30—50 m² Verkaufsfläche, jedoch mindestens 1 je Laden
5.	Büro- u. Verwaltungsraum	40—60 m² Nutzfläche, jedoch mindestens 1 je Büro
6.	Gewerbe- u. Industriebetrieb	60—80 m² Nutzfläche oder 3 Beschäftigte
7.	Lagerhaus und Lagerplatz	80—100 m² Nutzfläche oder 3 Beschäftigte
8.	Gaststätte ohne Übernachtungsmöglichkeit	5—12 Sitzplätze
9.	Beherbergungsbetrieb	2— 8 Betten
10.	Theater, Konzerthaus, Varieté	5—10 Sitzplätze
11.	Lichtspieltheater, sonstige Versammlungsstätte	5—15 Plätze
12.	Kirche	10—20 Sitzplätze
13.	Krankenhaus	5—10 Betten
14.	Sportstätte	5—20 Besucherplätze
15.	Volks-, Real- u. Sonderschule	1 Klassenraum
16.	Berufs-, Berufsfach- und Oberschule	5—20 Schüler
17.	Fach-, Ingenieur- und Hochschule	5—10 Schüler oder Studenten
18.	Landwirtschaftlicher Betrieb	15 ha Betriebsfläche und für je weit. angefangene 15 ha Betriebsfläche

\*) Für Vorhaben der Nrn. 4 bis 9 ist in den Bauvorlagen eine ausreichende Zahl von Stellplätzen für Lastkraftwagen des Versorgungsverkehrs nachzuweisen.

296

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**

**Fortführung der Frachthilfe im hessischen Zonenrandgebiet für die Zeit vom 1. 1. 1967 bis 30. 6. 1967**

Für die in meiner Bekanntmachung vom 8. 1. 1959 (StAnz. 1959 S. 74/75) aufgeführten begünstigten Güterarten wird die Frachthilfe für den Erstattungszeitraum vom 1. 1. 1967 bis 30. 6. 1967 im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel in dem gleichen Umfang und zu den gleichen Bedingungen wie für den Erstattungszeitraum vom 1. 10. 1958 bis 31. 3. 1959 weitergewährt.

Buchstabe H, letzter Satz, wird wie folgt neu gefaßt:

„Anträge mit einem Erstattungsbetrag von weniger als 600,— DM bleiben unberücksichtigt.“

Wiesbaden, 9. 3. 1967

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**  
— I a 6 — 322.0 —  
StAnz. 13/1967 S. 379

297

**Widmung einer im Zuge der Landesstraße 3065 neugebauten Straße und Umstufung von Teilstrecken der Landesstraße 3065 und Kreisstraße 117 in den Gemarkungen Nieder-Klingen, Lengfeld und Habitzheim, Landkreis Dieburg, Regierungsbezirk Darmstadt**

1) Die im Zuge der Landesstraße 3065 in der Ortslage Nieder-Klingen, Landkreis Dieburg, Regierungsbezirk Darmstadt, neugebaute Strecke

von km 10,582 neu (= km 10,906 alt der L 3065)  
bis km 10,324 neu (= km 10,325 alt der K 117)  
= 0,258 km

wird mit Wirkung vom 1. März 1967 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die gewidmete Strecke gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3065 in

das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStRG).

- 2) Die Teilstrecke der Kreisstraße 117  
von km 10,324 neu (= km 10,325 alt)  
bis km 8,799 (= km 27,225 der B 426) = 1,525 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße erlangt (§ 3 Abs. 1 HStRG).

Sie verliert mit Ablauf des 28. Februar 1967 die Eigenschaft einer Kreisstraße und wird mit Wirkung vom 1. März 1967 in die Gruppe der Landesstraßen aufgestuft. Sie wird als Teilstrecke der Landesstraße 3065 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§§ 3, 5 HStRG).

Die Straßenbaulast für die aufgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf das Land Hessen über (§ 41 Abs. 1 HStRG).

- 3) Die Teilstrecke der Kreisstraße 117 in der Ortslage Nieder-Klingen

von km 10,325 alt (= km 10,324 der L 3065 neu)  
bis km 10,612 alt = 0,287 km

verliert mit Ablauf des 28. Februar 1967 die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße. Sie wird mit Wirkung vom 1. März 1967 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft. Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecke, für die die Gemeinde gemäß § 41 Abs. 4 HStRG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinde Nieder-Klingen über (§§ 41, 43 HStRG).

- 4) Die Teilstrecke der Landesstraße 3065  
von km 0,003 (= 28,998 der B 426) = 1,909 km  
bis km 1,912 (= km 10,615) = 0,291 km  
von km 10,615 bis km 10,906

Gesamt = 2,200 km

verliert mit Ablauf des 28. Februar 1967 die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße. Sie wird mit Wirkung vom 1. März 1967 in die Gruppe der Kreisstraßen abgestuft. Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf den Landkreis Dieburg über (§ 41 Abs. 2 HStRG).

Gleichzeitig wird der bei km 10,875 der bisherigen Landesstraße 3065 neugebaute Anschlußarm

von km 0,007 (= km 10,875)  
bis km 0,029 (= km 10,573 der L 3065 neu) = 0,022 km

Bestandteil der Kreisstraße 116.

**Rechtsbehelfsbelehrung:** Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3 a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 10. 3. 1967

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Verkehr**  
III b 3 — Az.: 63 a 30 —  
StAnz. 13/1967 S. 379

**298**

**Widmung der im Zuge der Bundesstraße 417 neugebauten Straße und Abstufung der Teilstrecke der bisherigen Bundesstraße 417 in der Ortslage bzw. Gemarkung Kirberg, Landkreis Limburg, Regierungs-Bezirk Wiesbaden**

1) Die im Zuge der Bundesstraße 417 in der Ortslage bzw. Gemarkung Kirberg, Landkreis Limburg, Regierungs-Bezirk Wiesbaden, neugebaute Straße erhält mit Wirkung vom 1. März 1967 die Eigenschaft einer Bundesstraße und wird Bestandteil der Bundesstraße 417 (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes [FStRG] vom 6. August 1961 — BGBl. I S. 1741 —).

Die gewidmete Strecke beginnt  
bei km 28,642 neu (= km 28,182 alt)  
und endet bei km 29,264 neu = alt = 0,622 km.

- 2) Die Teilstrecke der bisherigen Bundesstraße 417  
von km 28,182 alt (= km 28,642 neu)  
bis km 29,003 alt = 0,821 km

verliert mit Ablauf des 28. Februar 1967 die Eigenschaft einer Bundesstraße (§ 2 Abs. 4 FStRG).

Sie wird mit Wirkung vom 1. März 1967 in die Gruppe der Landesstraßen abgestuft und

von km 28,182 alt (= km 28,642 neu)  
bis km 28,655 alt = 0,473 km

als Teilstrecke der Landesstraße 3277  
und von km 28,655 alt  
bis km 29,003 alt = 0,348 km

als Teilstrecke der Landesstraße 3022

in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§§ 3, 5 des Hessischen Straßengesetzes (HStRG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die Straßenbaulast für die aufgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt in dem in § 41 HStRG festgelegten Umfang auf das Land Hessen über.

**Rechtsbehelfsbelehrung:** Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Wiesbaden, Luisenplatz 5, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 10. 3. 1967

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Verkehr**  
III b 3 — Az.: 63 a 30 —  
StAnz. 13/1967 S. 380

**299**

**Aufstufung der im Zuge der Kreisstraße 724 gelegenen Gemeindestraßen (Butzbacher und Usinger Straße) in der Ortslage Wernborn, Landkreis Usingen, Regierungs-Bezirk Wiesbaden**

Der in der Ortslage Wernborn, Landkreis Usingen, Regierungs-Bezirk Wiesbaden, verlaufende Straßenzug, bestehend aus den Gemeindestraßen Butzbacher und Usinger Straße,

von km 2,533  
bis km 3,225 (= km 1,175/1,015 der K 727) = 0,692 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße erlangt (§ 3 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStRG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Er wird mit Wirkung vom 1. April 1967 in die Gruppe der Kreisstraßen aufgestuft und als Teilstrecke der Kreisstraße 724 in das Verzeichnis der Kreisstraßen eingetragen (§§ 3, 5 HStRG).

Die Straßenbaulast für die aufgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt in dem in § 41 HStRG festgelegten Umfang auf den Landkreis Usingen über.

**Rechtsbehelfsbelehrung:** Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Wiesbaden, Luisenplatz 5, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 10. 3. 1967

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Verkehr**  
III b 3 — Az.: 63 a 30 —  
StAnz. 13/1967 S. 380

**300**

**Widmung der im Zuge der Landesstraße 3405 neugebauten Straße und Abstufung der Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3405 in der Gemarkung Hainhausen, Landkreis Offenbach, Regierungs-Bezirk Darmstadt**

1) Die im Zuge der Landesstraße 3405 in der Gemarkung Hainhausen, Landkreis Offenbach, Regierungs-Bezirk Darmstadt, neugebaute Straße

von km 9,808 neu = alt  
bis km 10,105 neu (= km 10,516 alt) = 0,297 km

wird mit Wirkung vom 1. März 1967 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die gewidmete Strecke gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3405 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

- 2) Die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3405 von km 9,808 alt = neu bis km 10,516 alt (= km 10,105 neu) = 0,708 km

verliert mit Ablauf des 28. Februar 1967 die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße und wird mit Wirkung vom 1. März 1967 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 3, 5 HStrG).

Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinde Hainhausen über (§ 43 HStrG).

**Rechtsbehelfsbelehrung:** Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3 a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 10. 3. 1967

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**  
III b 3 — Az.: 63 a 30 —  
StAnz. 13/1967 S. 380

**301**

**Aufstufung einer Gemeindestraße (Schwalheimer Straße) und Abstufung bzw. Einziehung der Teilstrecke der bisherigen Landesstraßen 3134 sowie Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 13 in der Ortslage Bad Nauheim, Landkreis Friedberg, Regierungs-Bezirk Darmstadt**

1) Die in der Ortslage Bad Nauheim, Landkreis Friedberg, Regierungs-Bezirk Darmstadt, bei km 1,819 der Landesstraße 3134 abzweigende und bei km 30,544 der Bundesstraße 3 einmündende Gemeindestraße (Schwalheimer Straße)

- von km 1,819 neu = alt
- bis km 1,567 (= km 1,967 der K 13) = 0,252 km
- von km 1,557 (= km 1,982 der K 13)
- bis km 0,492 (= km 30,544 der B 3) = 1,065 km

Gesamt 1,317 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße erlangt (§ 3 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Sie wird mit Wirkung vom 1. April 1967 in die Gruppe der Landesstraßen aufgestuft und als Teilstrecke der Landesstraße 3134 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§§ 3, 5 HStrG).

Die Straßenbaulast für die aufgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf das Land Hessen über.

- 2) Die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3134 von km 1,819 alt = neu bis km 0,000 alt (= km 29,450 der B 3) = 1,319 km

verliert mit Ablauf des 31. März 1967 die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße und wird wie folgt abgestuft bzw. eingezogen:

- a) Die Teilstrecken von km 1,819 alt = neu bis km 0,552 alt = 1,267 km
- von km 0,337 alt bis km 0,000 alt = 0,337 km

werden mit Wirkung vom 1. April 1967 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§§ 3, 5 HStrG).

Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecken, für die die Stadt gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Bad Nauheim über (§ 43 HStrG).

- b) Die Teilstrecke von km 0,552 alt bis km 0,337 alt = 0,215 km

ist für den Verkehr entbehrlich geworden und wird mit Wirkung vom 1. April 1967 eingezogen (§ 6 Abs. 1 HStrG).

Von der vorherigen Bekanntgabe der beabsichtigten Einziehung dieser Strecke gemäß § 6 Abs. 2 HStrG wurde abgesehen, da es sich hierbei um die Einziehung einer Teilstrecke im Zusammenhang mit Änderungen von unwesentlicher Bedeutung handelt.

- 3) Die Teilstrecke der Kreisstraße 13 von km 1,982 alt (= km 1,567 der L 3134 neu) bis km 2,402 alt (= km 1,400 der L 3134 alt) = 0,420 km

verliert mit Ablauf des 31. März 1967 die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße und wird mit Wirkung vom 1. April 1967 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft.

Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecke, für die die Stadt nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Bad Nauheim über.

- 4) Die Teilstrecke der Kreisstraße 13 von km 1,982 alt bis km 1,967 alt

wird mit folgender Kilometrierung Teilstrecke der Landesstraße 3134 neu

- von km 1,567 bis km 1,557 = 0,010 km.

**Rechtsbehelfsbelehrung:** Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3 a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 10. 3. 1967

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**  
III b 3 — Az.: 63 a 30 —  
StAnz. 13/1967 S. 381

**302**

**Widmung von im Zuge der Landesstraßen 3145 und 3156 neugebauten Strecken und Abstufung bzw. Einziehung bisheriger Teilstrecken in der Gemarkung Alsfeld, Landkreis Alsfeld, Regierungs-Bezirk Darmstadt**

- 1) Die im Zuge der Landesstraße 3145 in der Gemarkung Alsfeld, Regierungs-Bezirk Darmstadt, neugebaute Straße von km 1,201 neu (= km 0,815 alt der L 3156) bis km 2,044 neu (= km 2,017 alt der L 3145) = 0,843 km

und die im Zuge der Landesstraße 3156 neugebaute Straße von km 0,922 neu (= km 1,330 neu der L 3145) bis km 1,014 neu = alt = 0,092 km

werden mit Wirkung vom 1. März 1967 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die gewidmeten Strecken gehören zur Gruppe der Landesstraßen und werden als Teilstrecken der Landesstraßen 3145 bzw. der Landesstraße 3156 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

- 2) Die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3145 von km 0,557 alt (= km 0,398 neu) bis km 1,927 alt = 1,370 km

und die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3156 von km 0,815 alt (= km 1,201 neu) bis km 1,011 alt = 0,196 km

verlieren mit Ablauf des 28. Februar 1967 die Eigenschaft einer Landesstraße und werden mit Wirkung vom 1. März 1967 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§§ 3, 5 HStrG).

Die Straßenbaulast für die abgestuften Strecken geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Alsfeld über (§ 43 HStrG).

- 3) Die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3145 von km 1,927 alt bis km 2,017 alt (= km 2,044 neu der L 3145) = 0,090 km

wird mit Wirkung vom 1. März 1967 eingezogen, da kein Verkehrsbedürfnis mehr besteht (§ 6 Abs. 1 HStrG).

Von der vorherigen Bekanntgabe der beabsichtigten Einziehung dieser Strecke gemäß § 6 Abs. 2 HStrG wurde abgesehen, da die zur Einziehung vorgesehene Strecke in den

im Planfeststellungsverfahren ausgelegten Plänen als solche kenntlich gemacht worden ist.

- 4) Die Teilstrecke der Landesstraße 3156  
von km 0,398 bis km 0,815

wird mit Wirkung vom 1. März 1967 mit folgender Kilometrierung Teilstrecke der Landesstraße 3145

- von km 0,398 neu  
bis km 1,201 neu (= km 0,815 alt der L 3156)

= 0,803 km.

**Rechtsbehelfsbelehrung:** Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3 a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 10. 3. 1967

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Verkehr**  
III b 3 — Az.: 63 a 30 —  
StAnz. 13/1967 S. 381

**303**

**Aufstufung der Gemeindestraßen Wagner- und Robert-Bloch-Straße zur Landesstraße 3097 in der Ortslage Urberach, Landkreis Dieburg, Regierungs-Bezirk Darmstadt**

Der in der Ortslage Urberach, Landkreis Dieburg, Regierungs-Bezirk Darmstadt, bei km 16,297 der Landesstraße 3097 abzweigende und bei km 8,987 der Bundesstraße 486 einmündende Straßenzug, bestehend aus den Gemeindestraßen Wagner- und Robert-Bloch-Straße,

- von km 0,435 (= km 16,297 der L 3097)  
bis km 0,004 (= km 8,987 der B 486) = 0,431 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße erlangt (§ 3 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Er wird mit Wirkung vom 1. März 1967 in die Gruppe der Landesstraßen aufgestuft und als Teilstrecke der Landesstraße 3097 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§§ 3, 5 HStrG).

Die Straßenbaulast für die aufgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf das Land Hessen über.

**Rechtsbehelfsbelehrung:** Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3 a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 10. 3. 1967

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Verkehr**  
III b 3 — Az.: 63 a 30 —  
StAnz. 13/1967 S. 382

**304**

**Flughafen Frankfurt/Main**

Die der Flughafen Frankfurt/Main Aktiengesellschaft am 20. Dezember 1957, 14. Mai 1959, 30. August 1960, 27. Oktober 1960 und 3. Juni 1964 erteilten Genehmigungen zur Anlage und zum Betrieb des Verkehrsflughafens Frankfurt/Main wurden gemäß § 6 Abs. 4 des LuftVG in der Fassung vom 22. Oktober 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1729) wie folgt geändert:

Es wurden genehmigt:

1. Die Verlängerung der Start- und Landebahn 25R/07L (Nord) um 688 m in westlicher Richtung

mit den dazugehörigen Rollbahnen und Befeuerungsanlagen und der Betrieb auf einer Länge von 4 000 m nach Verlegung der Schwelle 25 R um 588 m nach Westen.

2. Die Verlängerung der Start- und Landebahn 25L/07R (Süd) um 915 m in westlicher Richtung mit den dazugehörigen Rollbahnen und Befeuerungsanlagen und der Betrieb auf einer Länge von 4 000 m nach Verlegung der Schwelle 25L um 670 m nach Westen.

3. Die Anlage der Startbahn 18 (West) mit einer Länge von 4000 m und einer Breite von 45 m mit den dazugehörigen Rollbahnen und Befeuerungsanlagen und der Betrieb für Starts in Richtung Süd.

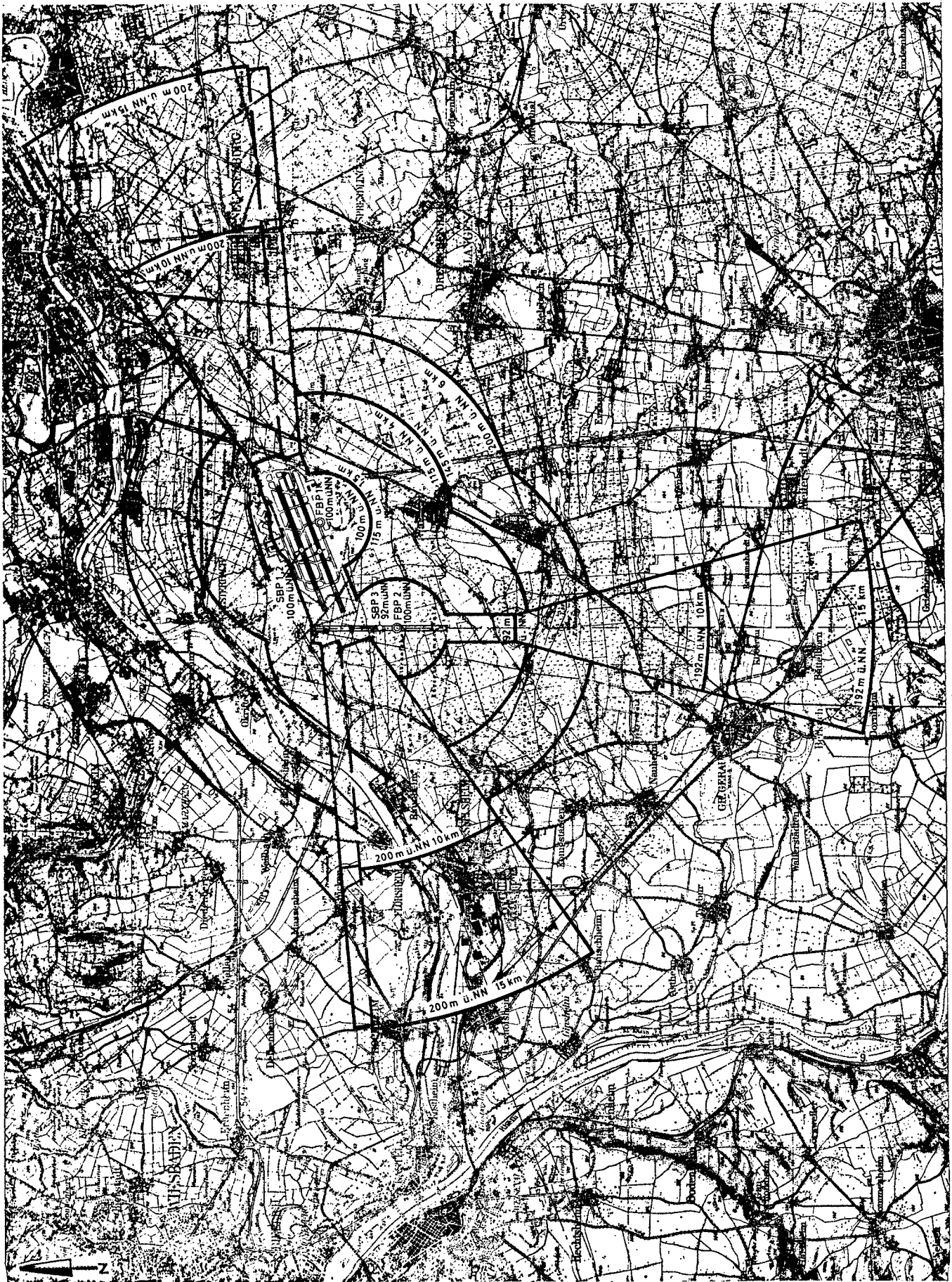
Auf Grund des § 42 Abs. 4 der LuftVZO vom 19. Juni 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 370) werden für den Flughafen folgende Angaben gemacht:

- |   |  |
|---|--|
| 1. Bezeichnung des Flughafens:                                      | <b>Verkehrsflughafen Frankfurt/M.</b>  |
| 2. Lage des Flughafens:   | 8 km südwestlich der Stadtmitte von Frankfurt am Main  |
| 3. Geografische Lage und Höhe der Flughafenbezugspunkte:            | <b>Flughafenbezugspunkt 1</b><br>50° 02' 04" Nord 08° 34' 17" Ost<br>Höhe über NN 100 m<br><br><b>Flughafenbezugspunkt 2</b><br>50° 00' 47" Nord 08° 31' 38" Ost<br>Höhe über NN 100 m   |
| 4. Klassifizierung des Flughafens:                                  | Klasse „A“ des Anhangs 14 des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt   |
| 5. Richtung und Länge der Start- und Landebahnen:                   | a) <b>Start- und Landebahn Nord</b><br>Länge: 4 000 m<br>Richtung: 250° / 70°<br><br>b) <b>Start- und Landebahn Süd</b><br>Länge: 4 000 m<br>Richtung: 250° / 70°<br><br>c) <b>Startbahn West</b><br>Länge: 4 000 m<br>Richtung: 180°  |
| 6. Arten der Luftfahrzeuge, die auf dem Flughafen verkehren dürfen: | Flugzeuge und Drehflügler, die mit einem betriebsbereiten Funksprech-, Empfangs- und Sende- gerät ausgerüstet sind, mit dem aus einer Entfernung von mindestens 25 SM vom Flughafen Funksprechverbindung mit dem Kontrollturm aufgenommen werden kann, bis zu 45 000 kg äquivalente isolierte Einzelradlast oder bis zur Kennziffer 100 der Belastungsordnung (LCN) und soweit dies nach den Eigenschaften der Luftfahrzeuge und den Einrichtungen und Anlagen des Flughafens ohne Gefährdung von Personen und Sachen möglich ist.<br><br>Die Landung von Motorseglern, Segelflugzeugen und Fallschirmabspringern ist nicht gestattet. |
| 7. Zweck des Flughafens:  | Flughafen des allgemeinen Verkehrs (Verkehrsflughafen)   |
| 8. Haftpflichtversicherung:   | a) <b>für Personenschäden</b><br>mindestens 2 Mill. DM<br><br>b) <b>für Sachschäden</b><br>mindestens 8 Mill. DM   |

Mit der Genehmigung wurde der als Anlage abgedruckte Ausbauplan festgelegt. Er ist maßgebend für den Bereich, in dem die in § 12 Abs. 2 und 3 LuftVG bezeichneten Bau- beschränkungen gelten (Bauschutzbereich).

Wiesbaden, 21. 2. 1967

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Verkehr**  
III a 2 Az.: 66 m  
StAnz. 13/1967 S. 382







auch die Umschulungsmaßnahmen nach § 26 BVG in Verbindung mit § 6 KfürsV in Betracht. Die Zeiten, in denen die Umschulungsmaßnahmen durchgeführt werden, sind unter den Voraussetzungen des § 1259 Abs. 1 Nr. 1 RVO (§ 36 Abs. 1 Nr. 1 AVG) als Ausfallzeiten anzurechnen.

Ich bitte daher, in diesen Fällen bei der Bemessung des Unterhaltsbeitrages nach § 26 Abs. 4 BVG in Verbindung mit § 18 KfürsV Beiträge zur Weiterversicherung in den Rentenversicherungen nicht mehr als Sonderbedarf anzuerkennen. Dies gilt auch für die bereits laufenden Fälle.

Wiesbaden, 16. 1. 1967

**Der Hessische Minister für Arbeit,  
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
II A 3 — 51 g 0201

StAnz. 13/1967 S. 384

**309**

#### Richtlinien über Ausweise für Schwerbeschädigte und Schwerbehinderte vom 11. 10. 1965

Bezug: Meine Erlasse vom 26. 10. 1965 (StAnz. S. 1365) und 6. 4. 1966 (StAnz. S. 618)

In der Frage, ob die Blindenhilfe nach § 67 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) und entsprechende Leistungen nach landesrechtlichen Bestimmungen als Einkommen im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 5 des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten sowie von anderen Behinderten im Nahverkehr (UnBefG) zu berücksichtigen sind, besteht bei den für die Ausstellung der Ausweise für Schwerbeschädigte und Schwerbehinderte zuständigen Behörden keine einheitliche Auffassung. Die Frage wurde daher anlässlich der Besprechung der für die Kriegsofopferfürsorge zuständigen Referenten der Länder am 25./26. 10. 1966 im Bundesministerium des Innern erörtert. Die Ländervertreter kamen hierbei im Interesse einer einheitlichen Praxis überein, die Blindenhilfe nach § 67 BSHG und entsprechende Leistungen auf Grund von Länderregelungen nicht als Einkommen im Sinne des UnBefG zu berücksichtigen.

Ich bitte, entsprechend zu verfahren.

Wiesbaden, 24. 2. 1967

**Der Hessische Minister für Arbeit,  
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
— II A 3 — 51 p 0201 —

StAnz. 13/1967 S. 385

**310**

#### Erhöhung der Elternrente nach § 51 Abs. 3 in Verbindung mit § 51 Abs. 7 BVG

Das Bundessozialgericht vertrat in ständiger Rechtsprechung die Auffassung, daß die erhöhte Elternrente nach § 51 Abs. 3 BVG beim Verlust des einzigen oder letzten leiblichen Kindes zu gewähren sei (vergl. BSGE 9, 295; BSGE 23, 151). Im Hinblick auf diese ständige Rechtsprechung hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung mit Rundschreiben vom 31. 5. 1966 — V/2 — 5227 — 3433/66 — (BVBl. 1966, S. 74, Nr. 35), der Rechtsansicht des Bundessozialgerichts zu folgen. Auf Grund seines früheren Rundschreibens vom 4. 3. 1958 — V a 2 — 1000/58 — (BVBl. 1958 S. 38 Nr. 18) wurde aber auch die erhöhte Elternrente nach § 51 Abs. 3 BVG beim Verlust eines Adoptiv-, Stief- oder Pflegekindes gewährt, wenn daneben keine weiteren Kinder vorhanden waren.

Die Neufassung des § 51 Abs. 7 BVG durch das 3. NOG hat nunmehr eindeutig klargestellt, daß als Kind im Sinne des Absatzes 3 nicht nur das leibliche Kind, sondern auch das Adoptiv-, Stief- oder Pflegekind anzusehen ist. Dabei kommt es für die Erhöhung nach § 51 Abs. 3 BVG entscheidend darauf an, daß die Eltern im Zeitpunkt des Verlustes des Kindes nicht noch weitere Kinder im Sinne des § 51 Abs. 7 Satz 1 BVG gehabt haben.

Diese Gesetzesänderung bedeutet aber, daß nunmehr eine erhöhte Elternrente nach § 51 Abs. 3 BVG nicht mehr gezahlt werden kann, wenn im Zeitpunkt des Verlustes des einzigen oder letzten leiblichen Kindes noch ein Adoptiv-, Stief- oder Pflegekind vorhanden gewesen ist. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung stimmte mit seinem Rundschreiben vom 20. 2. 1967 — V/2 — 5114.30 — 689/67 — allgemein zu, an Stelle des Erhöhungsbetrages zur Elternrente (§ 51 Abs. 3 BVG) einen Ausgleich in entsprechender Höhe nach § 89 Abs. 2 BVG zu gewähren, sofern in solchen Fällen die erhöhte Elternrente bis zum Inkrafttreten des 3. NOG gezahlt wurde.

Meiner Zustimmung für die Entscheidung über diesen Härteausgleich bedarf es nicht.

Wiesbaden, 1. 3. 1967

**Der Hessische Minister für Arbeit,  
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
I A 5 — 5267/5245 —

StAnz. 13/1967 S. 385

**311**

#### Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

##### Verwaltungsänderungen der Hessischen Forstverwaltung;

hier: Verstaatlichung der Gemeinderevierförsterei Albshausen, Forstbetriebsverband Oberndorf, Kreis Wetzlar

Durch Erlaß vom 1. 12. 1966, III B 1 — 2173 — 033 — wurde dem Antrag des Forstbetriebsverbands Oberndorf stattgegeben, die Ausübung des forsttechnischen Betriebs in den Waldungen der zum Forstbetriebsverband Oberndorf gehörenden Gemeinden einem staatlichen Forstbetriebsbeamten zu übertragen.

Wiesbaden, 7. 3. 1967

**Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten**  
— III B 1 — 579 — 0 06 —

StAnz. 13/1967 S. 385

**312**

#### Personalnachrichten

Es sind

##### D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen

Oberfinanzdirektion Ffm.

ernannt:

zum **Oberregierungsrat** die Regierungsräte Ernst Fuchs (3. 11. 1966), Karl Grenz (31. 10. 1966), Othmar Kienzl (31. 10. 1966);

zum **Steueroberinspektor** der Steuerinspektor Rainer Thesing (23. 12. 1966);

in den **Ruhestand** getreten bzw. **versetzt**:

der Regierungsrat Hermann Fauner (31. 8. 1966), der Regierungsamtmann Eugen Schmitt (31. 8. 1966).

##### Steuerverwaltung

ernannt:

zum **Oberregierungsrat** der Regierungsrat Herbert Fähnrich, FA Rotenburg (21. 11. 1966);

zum **Steuerrat** die Steueramtmänner Gustav Assauer, FA Ffm.-Börse (25. 7. 1966), Hermann Bähre, FA Kassel, Spohrstraße (19. 12. 1966);

zum **Steueramtmann** die Steueroberinspektoren Erwin Cadina, FA Offenbach-Land (23. 12. 1966), Kurt Fenner, FA Gießen (23. 12. 1966), Wiegand Kapeller, FA Nidda (23. 12. 1966), Edwin Wegner, FA Offenbach-Land (23. 12. 1966);

zum **Steueroberinspektor** die Steuerinspektoren Wolfgang Behrens, FA Ffm., Stiftstraße (16. 12. 1966), Giesela Breitenbach, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (23. 12. 1966), Horst Dillenberger, FA Wiesbaden, Herrngartenstr. (19. 12. 1966), Reinhard Hennemann, FA Ffm.-Höchst (16. 12. 1966), Stanislaus Kastner, FA Ffm., Taunustor (12. 12. 1966), Rudolf Klein, FA Hanau (26. 10. 1966), Karl Krause, FA Bensheim (26. 10. 1966), Helmut Maurer, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (19. 12. 1966), Dieter Michel, FA Wetzlar (20. 12. 1966), Günther Münzel, FA Kassel, Spohrstraße (19. 12. 1966), Robert Rückert, FA Korbach (27. 12. 1966), Georg Renner, FA Ffm.-Börse (16. 12. 1966), Kurt Tuschke, FA Limburg (19. 12. 1966), Hans Jürgen Zernick, FA Langen (19. 12. 1966), Hans-Dieter Zeuch, FA Groß-Gerau (19. 12. 1966);

zum **Steuerinspektor (BaP)** der Steuerinspektor z. A. Jürgen Worgitzki, FA Ffm., Taunustor (8. 11. 1966);

zum **Steuerhauptsekretär** die Steuerobersekretäre Karl Knäble, FA Ffm., Hamburger Allee (25. 10. 1966), Gottfried Michel, FA Wetzlar (26. 10. 1966), Helmut Reinelt, FA Ffm.-Börse (23. 12. 1966);

zur **Steuerobersekretärin** die Steuersekretärin Anneliese Lüsich, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (27. 12. 1966);

zum **Steuersekretär(in) (BaP)** die Steuersekretär(innen) z. A. Maria Braun, FA Limburg (23. 12. 1966), Rudolf Drechsel, FA Ffm., Stiftstraße (22. 12. 1966), Franz Hartmann, FA Ffm., Stiftstraße (22. 12. 1966), Dieter Henkel, FA Ffm., Stiftstraße (22. 12. 1966), Walter Köhler, FA Hofgeismar (23. 12. 1966), Guido Kulpok, FA Wetzlar (23. 12. 1966), Maria Meinhardt, FA Marburg (23. 12. 1966), Peter Müller, FA Fulda (23. 12. 1966), Manfred Naser, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (23. 12. 1966), Bernd Pfeiffer, FA Biedenkopf (23. 12. 1966), Harald Reitzenstein, FA Hanau (23. 12. 1966), Klaus Rinker, FA Offenbach-Land (20. 12. 1966), Mechthild Rosbach, FA Limburg (20. 12. 1966), Bernhard Schmidt, FA Ffm., Stiftstr. (20. 12. 1966), Brigitte Schnaut, FA Gießen (20. 12. 1966), Karl-Heinz Störkel, FA Bad Homburg (20. 12. 1966), Wolfgang Tannert, FA Ffm., Taunustor (22. 12. 1966), Dieter Tegge, FA Offenbach-Land (20. 12. 1966), Bernhard Trost, FA Ffm., Taunustor (22. 12. 1966), Monika Weinrich, FA Ffm., Taunustor (22. 12. 1966);

zum **Steuersekretär z. A.** der Vertragsangestellte Richard Biskup, FA Darmstadt (18. 5. 1966);

zum **Steuerhauptwachmeister** der Steueroberwachmeister Ernst Emmert, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (22. 12. 1966); zum **Steueroberwachmeister** der Steuerwachmeister Heinrich Lang, FA Ffm., Stiftstraße (1. 12. 1966);

zum **Steuerwachmeister (BaP)** die Verwaltungsarbeiter Winfried Jagdmann, FA Kassel, Goethestraße (30. 11. 1966), Georg Luboeinski, FA Wetzlar (2. 11. 1966), Otto Stange, FA Witzenhausen (30. 11. 1966);

zum **Steuerwachmeister (BaL)** der Verwaltungsarbeiter Hans Schneider, FA Dillenburg (29. 7. 1966);

zum **Steuerwachmeister z. A.** die Verwaltungsarbeiter Karl Birk, FA Ffm.-Börse (1. 9. 1966), Alfred Köhler, FA Eschwege (29. 7. 1966), Willi Szogs, FA Biedenkopf (1. 8. 1966);

in den **Ruhestand** getreten bzw. **versetzt**:

der Regierungsrat Dr. Ernst Heinzmann, FA Gießen (30. 9. 1966);

die **Steuerräte** Fritz Brämer, FA Kassel, Spohrstraße (31. 10. 1966), Wilhelm Klauer, FA Ffm.-Börse (31. 10. 1966), Karl Thiem, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (31. 7. 1966); der **Steuerassessor** Viktor Hermann, FA Hanau (30. 9. 1966); die **Steueramtmänner** Erwin Geise, FA Hanau (31. 7. 1966), Otto Georg, FA Darmstadt (30. 9. 1966), Rudolf Klischowski, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (30. 11. 1966), Wilhelm Köbrich, FA Ffm.-Börse (31. 10. 1966), Karl Möller, FA Ffm.-Börse (31. 7. 1966), Karl Wöll, FA Alsfeld (30. 11. 1966); die **Steueroberinspektoren** Karl Baumgardt, FA Ffm., Hamburger Allee (30. 9. 1966), Ernst Fabian, FA Ffm.-Börse (31. 7. 1966), Hans Havelka, FA Groß-Gerau (30. 11. 1966), Hans Kilian, FA Fürth (31. 12. 1966), Hans Loebisch, FA Wiesbaden (31. 10. 1966), Rudolf Patek, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (30. 9. 1966), Erwin Pilz, FA Ffm., Stiftstr. (31. 8. 1966), Adam Ripper, FA Michelstadt (31. 7. 1966), Hans Sennholtz, FA Ffm., Hamburger Allee (31. 12. 1966), Eberhard Schmidt, FA Marburg (30. 11. 1966), Wilhelm Schulz, FA Hofgeismar (31. 7. 1966), Paul Wieland, FA Ffm., Stiftstraße (31. 7. 1966);

die **Steuerinspektoren** Friedhold Baumann, FA Ffm., Taunustor (31. 8. 1966), Erich Frank, FA Ffm., Hamb. Allee (31. 7. 1966), Konrad Schützner, FA Gelnhausen (30. 9. 1966); die **Steuerhauptsekretäre** Hans Felseis, FA Kassel, Spohrstraße (31. 7. 1966), Willi Kessler, FA Hofgeismar (31. 12.

1966), Erich Köhler, FA Friedberg (30. 9. 1966), Georg Kraus, FA Homberg (30. 11. 1966), Wenzel Kraus, FA Lauterbach (31. 8. 1966), Erwin Kumke, FA Kassel, Goethestr. (31. 10. 1966), Hans Rudolf Neumann, FA Korbach (30. 11. 1966), Günter Papenbrock, FA Kassel (31. 12. 1966), Philipp Schäfer, FA Darmstadt (31. 8. 1966), Wilhelm Schwinn, FA Kassel, Spohrstraße (30. 9. 1966), Walter Weigand, FA Marburg (30. 9. 1966), Georg Willaredt, FA Michelstadt (30. 9. 1966), Fritz Wirth, FA Darmstadt (30. 11. 1966); die **Steuerobersekretäre** Julie Jelinek, FA Fulda (31. 10. 1966), Richard Kern, FA Nidda (30. 11. 1966), Anton Marb, FA Witzenhausen (31. 10. 1966), Johann Nießner, FA Gießen (31. 10. 1966), Karl Rupp, FA Hofgeismar (31. 7. 1966), Rudolf Schwab, FA Kassel, Goethestr. (31. 7. 1966), Bruno Stopfel, FA Fulda (31. 12. 1966), Heinrich Ulrich, FA Bensheim (31. 8. 1966);

die **Steuersekretäre** Friedrich Humblet, FA Dieburg (31. 7. 1966), Philipp Mengler, FA Bensheim (30. 11. 1966).

#### Staats- und Sonderbauverwaltung

ernannt:

zum **Regierungsbaudirektor** die Oberregierungsbauräte Alexander Bero, SBA Frankfurt/M (21. 11. 1966), Reinhard Hubertus, SBA Wetzlar (1. 11. 1966), Paul Williams, SBA Kassel (15. 11. 1966), Georg Zimmermann, StBA Darmstadt (11. 11. 1966);

zum **Oberregierungsbaurat** die Regierungsbauräte Helmut Fleck, StBA Gießen (14. 10. 1966), Wilfried Fuchs, StBA Wiesbaden (17. 10. 1966), Erich Hampe, SBA Frankfurt/M. (22. 11. 1966), Hans-Dieter Martin, SBA Wetzlar (2. 11. 1966), Martin Strippel, SBA Kassel (17. 10. 1966);

zum **Regierungsbauassessor** den Regierungsbaureferendar Stefan Mönich, SBA Marburg (10. 10. 1966);

zum **Regierungsbauamtman** die Regierungsbauamt-männer Jakob Itter, SBA Kassel (7. 10. 1966), Fritz Schammer, StBA Frankfurt/M. (2. 11. 1966), Johannes Weber, SBA Frankfurt/M. (28. 10. 1966), Heinrich Wiegand, StBA Wiesbaden (7. 10. 1966);

zum **Regierungsbauamtman** die Regierungsbauinspektoren Ernst Glasmann, StUBA Gießen (7. 10. 1966), Walter Loge, StUBA Marburg (7. 10. 1966), Günther Patschek, StBA Rüdeshheim (28. 10. 1966), Otto Scheffler, SBA Wetzlar (28. 10. 1966), Franz Unterleider, StHBA Darmstadt (7. 10. 1966), Helmut Weber, StUNBA Marburg (21. 10. 1966); zum **Regierungsbauinspektor** die Regierungsbauinspektoren Erich Koch, StBA Hofgeismar (21. 10. 1966), Hans Georg Wodsack, SBA Marburg (30. 9. 1966);

zum **Regierungsbauinspektor z. A.** die Regierungsbauinspektorenanwärter Wilhelm Battenberg, SBA Homberg (30. 9. 1966), Günther Griese, StBA Kassel-Land (4. 10. 1966), Reinhold Himmelheber, StBA Darmstadt (16. 9. 1966), Karl-Rüdiger Jordan, StUBA Marburg (10. 8. 1966), Rudolf Marks, StUBA Marburg (10. 8. 1966), Kurt Möller, StBA Kassel-Stadt (3. 10. 1966);

zum **Regierungshauptsekretär** der Regierungsobersekretär Ernst Weiß, StBA Offenbach (31. 10. 1966);

zum **Regierungssekretär** die Verwaltungsassistenten Friedrich Häfner, StUBA Gießen (28. 10. 1966), Oswald Sauerwein, StUBA Gießen (28. 10. 1966);

zum **Hauptamtsgehilfen z. A.** der Verwaltungsarbeiter Friedrich Wagner, StBA Friedberg (3. 10. 1966).

Frankfurt/M., 8. 3. 1967

Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main

— P 1400 — 50 — Lv I 11 c —

StAnz. 13/1967 S. 385

#### G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr

##### Berichtigung:

In den im StAnz. 5/1966, S. 171, veröffentlichten Personalnachrichten muß es heißen:

##### d) Bergbauverwaltung

ernannt:

zum **Oberbergamtsdirektor** die Oberbergräte Dipl.-Ing. Werner Bisgiel (12. 10. 1966 — BaL), Dr. Hans-Georg Witte-kopf (12. 10. 1966 — BaL);

zum **Oberbergrat** Dipl.-Ing. Hartmut Schade (20. 12. 1966 — BaL).

Wiesbaden, 9. 3. 1967

Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Verkehr

— I c 2 — 70 16 — 11 —

StAnz. 13/1967 S. 386

### Genehmigung zur Auflösung der Pferde- und Rindvieh-Versicherungsgesellschaft a. G. in Kelkheim—Münster

Gemäß § 43 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315) in der Fassung der Änderungsgesetze vom 5. März 1937 (RGBl. I S. 269), 31. Juli 1951 (BGBl. I S. 480) und 7. März 1955 (BGBl. I S. 85) erteile ich hiermit zu der in der Mitgliederversammlung am 16. März 1966 beschlossenen Auflösung der Pferde- und Rindvieh-Versicherungsgesellschaft a. G. Kelkheim—Münster die aufsichtsbehördliche Genehmigung.

Wiesbaden, 1. 3. 1967

Der Regierungspräsident

I 1 a Az. 39 c Tgb. Nr. 28/67  
St.Anz. 13/1967 S. 387

### Buchbesprechungen

Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, von Prof. Dr. Konrad Hesse, 1967, 283 S., 15 DM, Verlag C. F. Müller, Karlsruhe.

Der Verfasser hat die „Grundzüge“ der geltenden Verfassung in einem Zeitpunkt vorgelegt, in dem ungewiß ist, ob das GG die laufende Legislaturperiode in ungebrochener Identität übersteht. Daß dieses Buch geeignet ist, die normativen Lebenserwartungen der Verfassung zu steigern, mag der Rezensent nicht bestätigen. Es offenbart Wert und Wirrnis einer Verfassungslehre, die einem „zeitgemäßen Verständnis des Ganzen der Verfassung“ (Vorwort) dienen will und zugleich zeitgemäße Irrtümer vermittelt. Ohne eine geschlossene Methode der Erkenntnis ihres Gegenstandes bringt sie vielen Lehren Tribut, verflucht unangefochtene Grundsätze, notiert positionlos die konkreten Anfechtungen oder gibt sich vom sicheren Port der Theorie gemächlich ratlos. Dies als kritischer Grundtenor vorweg — zugleich mit der Feststellung, daß das Werk der erste systematische Entwurf ist, der die Verfassungslehre mit dem positiven Recht zu versöhnen sucht, der mit juristischer Akkuratess gefertigt, prägnant geschrieben ist und wesentliche Wegmarken der Verfassungsentwicklung in Theorie und Praxis (des BVerfG) bezeichnet.

H.'s Werk geht von der normativen Verfassung aus. Es sucht ihre Funktion redlich zu behaupten gegen die felle Maxime rechtsmüder Gewaltästheten, die der normativen Kraft des Faktischen huldigen, aber nur unwillig sind, der rechtlichen Grundordnung dauerhaften Bestand zu sichern. Er entwickelt eine Verfassungslehre, die am positiven Recht des GG die theoretische Konzeption des demokratischen Verfassungsstaates verdeutlicht.

Im ersten Teil werden Begriff und Eigenart der Verfassung, die Verfassungsinterpretation, das Grundgesetz und der Umfang seiner Geltung erörtert; im zweiten Teil werden die Grundentscheidungen für die Demokratie, den sozialen Rechtsstaat und den Bundesstaat dargestellt; erst im dritten Teil finden sich unter dem Titel: „Grundzüge der Ausgestaltung“ die positiven Gehalte des GG (Grundrechte, Funktionen, Organe und Kompetenzen, Schutz der Verfassung) abgehandelt.

Die Gliederung zeigt die Akzentverteilung. Mit wissenschaftlichem Beiwerk wird z. B. die Maxime belegt, Aufgabe der Verfassung sei „die politische Einheit des Staates“ (S. 5 f.). Unkommentiert werden die einfachen Notstandsgesetze notiert (S. 266) — vielleicht deshalb, weil sie schon als ein Stück „wirklicher Verfassung“ gewertet werden? Das Verhältnis der wirklich zur normativen Verfassung bleibt ambivalent. Die normative Verfassung bestimmt H. als „rechtliche Grundordnung des Gemeinwesens“. Indes soll sie in ihrer Geltung („normativen Kraft“) bedingt sein durch die „Realisierungsmöglichkeit“ ihrer Inhalte und durch „den aktuellen Willen der für das Verfassungsleben Verantwortlichen“ (S. 11). Damit wird die Frage nach dem normativen Geltungsanspruch der Verfassung vermischt mit dem soziologischen Befund über ihre tatsächlichen Durchsetzungschancen. Die Geltung der Verfassungsnormen wird so den Dispositionen der politischen Machthaber („Verantwortlichen“) preisgegeben. Dieser methodische Grundkonflikt jeder Verfassungslehre durchzieht das Buch, das „zeitgemäß“ die normative Kraft der Verfassung verharmlost und ihr den Rang als letzte Rechtsquelle mit den modischen Maximen des Antipositivismus streitig macht (S. 15, 27 ff.). Die Rechtsverfassung gilt nicht („bleibt toter Buchstabe“), wenn sie sich nicht „in der Wirklichkeit geschichtlichen Lebens“ konkretisiert (S. 17). Das ist richtig und banal. Die Grenzen der Konkretisierung bleiben diffus. Die Behauptung eines Widerspruchs zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit wird gegeißelt (S. 20); denn erst der annähernde Gleichklang von Norm und Realität soll die wirklich geltende Verfassung ausmachen. Bei der Kritik an „herkömmlichen Auslegungsregeln“ (S. 25) werden Mauern von Pappe mit Geprassel eingerannt, die „Grenzen der Verfassungsinterpretation“ (S. 30 f.) werden jedoch nicht anders abgesteckt als in den gerügten herkömmlichen Regeln; d. h. der Interpret setzt sie.

Auch zum positiv-rechtlichen Teil gilt es, Kritisches anzumerken. Der Rezensent muß sich mit einer Auswahl begnügen: Zum Thema „Verfassungsrecht und Europäisches Gemeinschaftsrecht“ übernimmt H. die undifferenzierte These, Europäisches Gemeinschaftsrecht gehe widersprechendem nationalem Recht vor (S. 42 f.) — eine Meinung, die nach GG (Art. 24) und EWG-Vertrag nicht zu begründen ist. In der Kritik am Urteil des BVerfG zur Parteifinanzierung (die für das Verfassungsleben „Verantwortlichen“ werden sie gewiß beifällig

zitieren!) wird verkannt (S. 73), daß das BVerfG nicht von einem Interventionsverbot, sondern einem staatlichen Betätigungsverbot, also einem Kompetenzmangel, ausgeht. Beifallen findet der Irrtum dieses Urteils; seine logisch ungereimte Konzession an das Parteienestablishment in Gestalt einer Wahlkampfkostenregelung, die den tragenden Urteilsgründen und der Chancengleichheit zuwider ist. Daß die Rundfunkfreiheit dem Staat verwehrt, die Sendeinhalte zu formieren und zu publizieren, verkennt H. Er hält den staatlichen Rundfunk für freiheitsgerechter als seine „Auslieferung“ an außerstaatliche Träger. Wo solcher Sinn für staatliche Ordnung sich bezeugt, darf nicht das Bekenntnis fehlen, der Unterhaltungs- und „Sensationspresse“ fehle der Schutz des Art. 5 Abs. 1 GG (S. 151). Wer zur Grenze zwischen seriöser und anrüchlicher Presse etwas erfahren will, im breiten Bereich zwischen „Juristen-Zeitung“ und „Bild-Zeitung“, forscht vergebens. Daß Pressefreiheit das Belieben des Geistes ist, Ernstes auch leicht, leicht und „zersetzend“ darzubieten und dadurch meinungsbildend zu wirken, ist dem Buch fremd. Für deutsche Juristen muß die Freiheit knorrig sein wie Hindenburg und seine Felddienstordnung. Hier weht der Geist, der stets bejaht. Zur Auslegung der Gleichheitsrechte und Koalitionsfreiheit liest man Ungefähres (S. 157, 163): Über die „Willkür“-Formel des BVerfG zu Art. 3 gelangt der Verf. keinen Schritt hinaus; der fundamentale Einbruch in die traditionelle Interpretation von Art. 9 Abs. 3 GG durch BVerfG 19 303 würdigt er mit einem Satz, der einen nebensächlichen Aspekt der Entscheidung hervorkehrt. Bei der Erörterung von Art. 18 erschreckt der Satz, diese Vorschrift gewinne keine Bedeutung, „solange das politische Strafrecht und der Vollzug (!) eines Parteienverbots sehr viel einfachere und wirksamere Möglichkeiten zur Ausschaltung verfassungsfeindlicher Kräfte bieten“ (S. 258). Solange der Staatsanwalt wirksam verfolgt, schweigt des Verfassungsrechtlers Zaubrerlöse. So einfach ist Verfassungslehre. Unerwogen bleibt der Gedanke, ob neben den in Art. 18 und 21 Abs. 2 GG (und Art. 9 Abs. 2) umschriebenen Tatbeständen weiteres staatsfeindliches Verhalten illegalisiert und das in diesen Normen bereitgestellte Arsenal von Abwehrmitteln für die gleichen Tatbestände gesetzlich, insbesondere strafgesetzlich, erweitert werden kann und soll. Wenn diese Frage auch den „Verantwortlichen“ zu dämmern beginnt, der Verfassungslehrer erfreut sich noch an den einfachen und wirksamen Möglichkeiten der politischen Straf Gewalt.

Es werden eben sehr zeitgemäße Grundzüge des Verfassungsrechts redlich dargestellt. Oberregierungsrat Dr. Lenz

Sammlung aktueller Entscheidungen aus dem Sozial-, Familien- und Jugendrecht — SJF — herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Jugendinstitut e. V. in München. Schriftleitung Dr. H. Riedel, Landgerichtsrat, München, 1967, 1. Lieferung, 192 S., mit Ordner 15,— DM, Deutscher Fachschriften-Verlag, Braun & Co. OHG, Wiesbaden-Dotzheim.

Die vorliegende Loseblattausgabe, mit der zugleich die frühere Sammlung der Entscheidungen aus dem Jugend- und Familienrecht (EJF) fortgesetzt wird, gliedert sich in folgende drei Abschnitte:

I. „Allgemeines“, mit Entscheidungen u. a. aus dem Internationalen Recht, Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht, Verwaltungsgerichtsverfahren und Beamtenrecht;

II. „Besondere Gebiete“, mit den Unterteilen Sozialrecht (u. a. Sozialhilfe, Sozialversicherung, Versorgung, Arbeitsrecht und Lastenausgleich), Familienrecht und Jugendrecht;

III. „Besprechungen“, mit Stellungnahmen bekannter Autoren zu den wichtigsten Entscheidungen der Sammlung.

Ziel der Herausgeber ist es, aus der Vielzahl der zu den vorerwähnten Rechtsgebieten ergehenden Entscheidungen eine Auswahl nach der Aktualität und Bedeutung für die Praxis zu treffen. Im Vordergrund sollen hierbei die Entscheidungen stehen, die sich mit Streitfragen der Praxis und mit Gesetzesunklarheiten beschäftigen. Die Entscheidungssammlung ist m. E. aus der Sicht aller Praktiker, die im Bereich des Sozialwesens tätig sind, sehr zu begrüßen. Das Werk wird vor allem für Vormundschaftsrichter, Bedienstete der Sozial- und Jugendämter sowie auch für die Sozialarbeiter der freien Sozial- und Jugendhilfe ein sehr wertvolles Arbeitsmittel sein.

Diese erste Lieferung umfaßt 192 Seiten; sie enthält Entscheidungen aus den verschiedenen Rechtsgebieten.

Regierungsdirektor Stenzel

# Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER  
FÜR DAS LAND HESSEN“

1967

Montag, den 27. März 1967

Nr. 13

## Veröffentlichungen

### 1000

**Widmung der neugebauten Straße von der Kreisgrenze aus Richtung Maibach bis Wernborn, Gemarkung Wernborn, Landkreis Usingen, Reg.-Bez. Wiesbaden, als Teilstrecke der Kreisstraße 724**

Die in der Gemarkung Wernborn, Landkreis Usingen, Reg.-Bezirk Wiesbaden, neugebaute Straße

von km 0,892 (Kreisgrenze) bis km 2,533 = 1,641 km,

wird mit Wirkung vom 1. April 1967 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 [1] des Hessischen Straßengesetzes — HStrG — vom 9. 10. 1962 — GVBl. I, S. 437 —).

Sie erhält damit die Eigenschaft einer öffentlichen Straße und wird Teil der K 724.

**Rechtsbehelfsbelehrung:** Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch wäre an den Kreisausschuß des Landkreises Usingen in Usingen, Ober-gasse 23, zu richten und müßte einen bestimmten Antrag enthalten.

Usingen (Taunus), 14. 3. 1967

Landkreis Usingen  
Der Kreisausschuß  
Dr. Thierbach

### 1001

#### Verlust eines Dienstausweises

Der Dienstausweis Nr. 33, ausgestellt am 17. 2. 1960 auf die Fürsorgerin Bärbel Schulte, geb. am 20. 3. 1909 in Lissa (i. P.), wohnhaft in Hanau, Ramsaystr. 15, ist verlorengegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

645 Hanau (Main), 15. 3. 1967

Der Kreisausschuß  
des Landkreises Hanau

## Gerichtsangelegenheiten

### 1002

#### Erlaubnisurkunde

371a E — 1.1068: Dem Verwaltungsgeschäftsdirektor a. D. Hanns Dombrowski, Frankfurt (Main), Broßstraße 6, Landesärztekammer Hessen, wohnhaft in Bad Homburg v. d. H., Moselstraße 13, wird auf Grund des Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiet der Rechtsberatung vom 13. 12. 1935 (RGBl. I, S. 1478) die Erlaubnis erteilt, im Rahmen der §§ 27 und 32 des Gesetzes über die Berufsvertretungen der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker vom 10. 11. 1954 (GVBl. S. 193) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. 4. 1966 (GVBl. S. 102) im Auftrage des Kammervorstandes Ermittlungen durchzuführen und den Kammervorstand im Verfahren vor dem Berufsgericht zu vertreten, ferner in Angelegenheiten, die mit der Berufsgeschäfts-

barkeit in engstem Zusammenhange stehen, vor dem Verwaltungsgericht aufzutreten.

Diese Erlaubnis berechtigt nicht zum mündlichen Verhandeln vor den ordentlichen-, Arbeits- oder Sozialgerichten.

Geschäftssitz ist Frankfurt (Main).

6 Frankfurt (Main), 27. 2. 1967

Der Amtsgerichtspräsident

### 1003 Aufgebote

F 2/67 — **Aufgebot:** Die Hausfrau Maria Fey, geb. Schenk, Asbach (Krs. Hersfeld), Haus Nr. 15, hat das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümerin des im Grundbuch von Asbach, Band 26, Blatt 852, eingetragenen und in Asbach belegenen Grundstücks,

Id. Nr. 1, Flur 10, Flurstück 80, Ackerland, Am breiten Rasen, Größe 1.18 Ar, beantragt (§ 927 BGB).

Die im Grundbuch bisherige eingetragene Eigentümerin Witwe Anna Barbara Schenk, geb. Wehnes, in Asbach, ist verstorben.

Die derzeitigen Eigentümer werden aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, den 20. Juni 1967, um 11.00 Uhr, Zimmer 17, vor dem hiesigen Gericht anberaumten Aufgebotsstermin ihre Rechte anzumelden, ansonsten ihre Ausschließung erfolgen wird.

643 Bad Hersfeld, 7. 3. 1967

Amtsgericht

### 1004

F 4/67 — **Aufgebot:** Die Hausfrau Anna Liutkus, geb. Bätz, Niederaula (Krs. Hersfeld), hat das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümerin des im Grundbuch von Niederaula, Band 23, Blatt 887, eingetragenen und in Niederaula belegenen Grundstücks,

Id. Nr. 2, Flur 5, Flurstück 10, Holz-zung, am Lingenberg, Größe 9,38 Ar, beantragt (§ 927 BGB).

Die im Grundbuch bisherige eingetragene Eigentümerin Anna Maria Schnabel, geb. Bechtel, in Niederaula, ist verstorben.

Die derzeitigen Eigentümer werden aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, den 13. Juni 1967, um 10.00 Uhr, Zimmer 17, vor dem hiesigen Gericht anberaumten Aufgebotsstermin ihre Rechte anzumelden, ansonsten ihre Ausschließung erfolgen wird.

643 Bad Hersfeld, 7. 3. 1967

Amtsgericht

### 1005

F 2/66 — **Aufgebot:** Der Bauer Friedrich Bube, der Müller und Landwirt Adam Lotz, die Hausfrau Elise Vaupel, geb. Guterlet, der Bauer Heinrich Webert und der Bauer Johannes Heinrich Rohrbach, sämtlich wohnhaft in Rhina,

haben das Aufgebot zur Ausschließung der Miteigentümer der im Grundbuch von

Kruspis, Band 5, Blatt 143, eingetragenen und in Kruspis belegenen Grundstücke,

Id. Nr. 3, Flur 3, Flurstück 52, Ackerland, Wald (Holzung), Der Heerberg, Größe 135,42 Ar.

Id. Nr. 4, Flur 3, Flurstück 73, Wald (Holzung), Am Heerberg, Größe 63,15 Ar.

Id. Nr. 5, Flur 3, Flurstück 75, Wald (Holzung), Am Heerberg, Größe 7,09 Ar, beantragt (§ 927 BGB).

Die im Grundbuch bisherigen eingetragenen Eigentümer: a) Georg Bube, Rhina, Haus Nr. 23, zu 9/342 Anteil; b) Valentin Lotz, Rhina, Haus Nr. 38, zu 12/342 Anteil; c) Wilhelm Guterlet, Rhina, Haus Nr. 51, zu 18/342 Anteil; d) Andreas Webert, Rhina, Haus Nr. 57, zu 48/342 Anteil; e) Adam Rohrbach, Rhina, Haus Nr. 12, zu 40/342 Anteil, sind verstorben.

Die derzeitigen Eigentümer werden aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, den 13. Juni 1967, um 11.00 Uhr, Zimmer 17, vor dem hiesigen Gericht anberaumten Aufgebotsstermin ihre Rechte anzumelden, ansonsten ihre Ausschließung erfolgen wird.

643 Bad Hersfeld, 7. 3. 1967

Amtsgericht

### 1006

F 1/67 — **Aufgebot:** Frau Lina Marie Kummer, geb. Klein, aus Ober-Mockstadt, Friedhofstraße 3, hat als Eigentümerin des Grundstücks, Flur 2, Nr. 69, der Gemarkung Ober-Mockstadt, das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung der Gläubigerin der auf dem genannten Grundstück in Ober-Mockstadt, Band 18, Blatt 751, Abteilung III, Nr. 4, für die Minna Klein in Busenborn eingetragene Sicherungshypothek für eine Herauszahlungsforderung von 100,— Goldmark beantragt.

Die Gläubigerin wird aufgefordert, spätestens in dem auf Freitag, den 19. Mai 1967, um 10.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

6478 Nidda, 22. 2. 1967

Amtsgericht

### 1007 Güterrechtsregister

#### Neueintragung

GR 319: Ölheizungsmonteur Karl Wilhelm Limpert und dessen Ehefrau Ursula, geb. Hofmann, in Bad Hersfeld, Am Frauenberg 23.

Durch Vertrag vom 21. November 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

645 Bad Hersfeld, 13. 3. 1967

Amtsgericht

### 1008 Neueintragung

GR 845 — 13. 3. 1967: Ingenieur Erich Baurmann und Ehefrau Anita, geb. Glas-meyer, beide in Alsbach.

Durch Vertrag vom 14. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

614 Bensheim, 13. 3. 1967

Amtsgericht

**1009 Neucintragung**

GR 292 — 16. März 1967: Die Eheleute: Rentner Anton Franz Laurich und Elisabeth Wilhelmine Maria Laurich, geb. Hänchen, in Biedenkopf, haben durch Ehevertrag vom 20. Februar 1967 den gesetzlichen Güterstand der Zugewinnungsgemeinschaft aufgehoben und Gütertrennung vereinbart.

356 Biedenkopf, 15. 3. 1967

Amtsgericht

**1010**

GR 1210 — 15. Februar 1967: Die Eheleute Otto Ehlers, Verleger, und Ottilie, geb. Hufeld, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 25. Januar 1967 Gütertrennung vereinbart.

GR 1211 — 21. Februar 1967: Die Eheleute Karl Heinrich Vetter, OP-Pfleger, und Waltraud Ruth, geb. Lindner, beide in Darmstadt-Eberstadt, haben durch Vertrag vom 27. Januar 1967 Gütergemeinschaft vereinbart.

GR 1212 — 7. März 1967: Die Eheleute Heinz Philipp Hofmann, kaufm. Angestellter, und Luise Friedericke, geb. Knieß, beide in Darmstadt-Eberstadt, haben durch Vertrag vom 13. Februar 1967 Gütergemeinschaft vereinbart.

GR 1213 — 8. März 1967: Die Eheleute Adolf Barthels, techn. Leiter, Darmstadt und Jeanne Marie-Charlotte Barthels, geb. Lefort, Bühnenbildnerin, daselbst, haben durch Vertrag vom 10. Februar 1967 Gütertrennung vereinbart.

GR 1214 — 14. März 1967: Die Eheleute Karl Heinrich Weber, Weißbindermeister und Margarete Dorothea, geb. Büttel, beide in Pfungstadt, haben durch Vertrag vom 6. Februar 1967 Gütergemeinschaft vereinbart.

61 Darmstadt, 14. 3. 1967

Amtsgericht

**1011**

GR 221 — 15. 3. 67: Die Eheleute Schlosser Erich Hein und Anna Margarete, geb. Pfannkuchen, beide in Ober-Roden/Waldacker, haben durch Vertrag vom 31. 1. 67, Gütertrennung vereinbart.

611 Dieburg, 15. 3. 1967

Amtsgericht

**1012**

73 GR 10 736: Kaufmännischer Angestellter Hans Harro Joachim Haagner und Margot Luise Mathilde, geb. Stock, Eschborn (Taunus).

Durch Ehevertrag vom 16. September 1966 ist die Gütergemeinschaft aufgehoben.

73 GR 11 032: Vertreter Friedrich Walter Lindemann und Irmgard, geb. Ehrhardt, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 18. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 050: Techniker Gustav Reichert und Sonja Elisabeth, geb. Stallknecht, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 17. Dezember 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 051: Kaufmann Dr. Hans Wilfried Sikorski und Carola, geb. Ceelen, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 3. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 052: Werbefachmann Willi Helmut Schmahl und Doris Marie-Luise, geb. Hild, Bergen-Enkheim.

Durch Ehevertrag vom 2. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 053: Kaufmann Axel Alexander Sadlowski und Hannelore, geb. Kadei, Sulzbach (Taunus).

Durch Ehevertrag vom 28. Dezember 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 054: Architekt Gerhard Hoffmann und Sigrid, geb. Achenbach, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 20. Dezember 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 055: Architekt Diplom-Ingenieur Klaus-Dieter Böckel und praktische Ärztin, Dr. med. Hannelore, geb. Heister, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 22. Dezember 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 056: Bankkaufmann Hans-Thomas Hallensleben und Barbara Christine, geb. Fernbach, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 13. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 057: Kaufmann Lothar Peter Friedrich Schad und Ingeborg, geb. Korb, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 6. Oktober 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 058: Elektromonteur Armando Tavares Cunha e Almeida und Fräulein Fernanda De Deus Da Cunha, Büroangestellte, beide Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 9. Mai 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 059: Gerichtsassessor Hans Karl Schmitt und Dr. med. Hildegund, geb. Bock, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 10. Dezember 1966 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnungsgemeinschaft ausgeschlossen.

73 GR 11 060: Diplom-Wirtschaftsingenieur Wolf Dieter Bausch, Frankfurt (Main), und Maaike, geb. Schäfer, Bergen-Enkheim.

Durch Ehevertrag vom 14. Dezember 1966 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnungsgemeinschaft ausgeschlossen.

73 GR 11 061: Techniker Rolf Walter Strässer und Sigrid, geb. Schimmer, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 6. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 062: Kaufmann Reinhard Laubisch und Gerda, geb. Philipp, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 12. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 063: Kaufmann Wolfgang Ludwig Schürmann und Sigrid, geb. Balle, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 10. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 064: Rechtsanwalt und Notar Erich Gieg und Hildtraud, geb. Henning, Lehrerin, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 25. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 065: Ingenieur und Diplom-Volkswirt Hubert Ott und Helga, geb. Schnell, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 29. Dezember 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 066: Angestellter Friedrich Burghard und Friedericke Katherina Luise, geb. Alp, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 14. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 067: Kaufmann Wilhelm Spindler und Margarethe Karolina, geb. Wolf, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 26. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 068: Kaufmann Thomas Wagner und Ena Elsbeth Heddy, geb. Johannes, Bischofsheim (Hanau).

Durch Ehevertrag vom 5. September 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 069: Großhandelskaufmann Klaus Detlef Butzbach, Frankfurt (Main), und Gertrud, geb. Büttner, Bad Homburg.

Durch Ehevertrag vom 10. Dezember 1966 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnungsgemeinschaft ausgeschlossen.

73 GR 11 070: Gärtner Wilfried Otto Wagner und Klara, geb. Meschar, Hattersheim (Main).

Durch Ehevertrag vom 12. Mai 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 071: Kraftfahrer Josef Andreas Fischer und Evelyn Birgitt, geb. Krause, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 24. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 072: Heilpraktiker Hans Georg Leist und Maria Wilhelmine, geb. Jens, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 25. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 073: Verkaufsfahrer Heinz Braun und Doris, geb. Pfeifer, Bad Soden (Taunus).

Durch Ehevertrag vom 3. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 074: Gastronome Ludwig Schneider und Stanislaw, geb. Cudo, Bad Soden (Taunus).

Durch Ehevertrag vom 6. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 075: Architekt und Baumeister Gerhard Block und Renate Helene, geb. Lux, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 19. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 076: Elektromeister Hans Seemuth und Brigitte Anna, geb. Sauer, Bad Soden (Taunus).

Durch Ehevertrag vom 15. August 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 077: Behördenangestellter Fritz Kurt Robel und Johanna, geb. Müller, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 20. Dezember 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 078: Kaufmann Norbert Edgar Heckert und Gudrun Frieda, geb. Ulrich, Bergen-Enkheim.

Durch Ehevertrag vom 27. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 079: Kaufmann Wilhelm Walter und Christina Elisabeth, geb. Pfister, Kelsterbach.

Durch Ehevertrag vom 24. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 080: Kaufmännischer Angestellter Kurt Wilhelm Schrettinger und Hilde, geb. Kuba, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 18. November 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 081: Kaufmännischer Angestellter Gerhard Kühnel und Ilse, geb. Kreflein, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 25. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 082: Bankkaufmann Jörg Wegner und Margarete Beate Maria, geb. Reitberger, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 25. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 083: Technischer Zeichner Francisco Javier Arias Martinez und Kauffrau Anke, geb. Thies, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 4. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 084: Kaufmann Simon Roth und Eva-Terezia, geb. Barta, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 27. Januar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 085: Hans Rudi Kurz und Brigitte, geb. Dreher, Frankfurt (Main).

Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

6 Frankfurt (Main), 13. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 73

### 1013

GR 59: Baron von Klopmann, Dedo, Versicherungskaufmann, und Irmgard Baronin von Klopmann, geb. Hilbich, Besse.

Durch notariellen Vertrag vom 15. 11. 66 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

3505 Gudensberg, 2. 3. 1967

Amtsgericht Fritzlar  
Zweigstelle Gudensberg

### 1014

GR 58: Fuhrmann, Albert, Maschinenschlosser, und Karin, geb. Mader, Niedenstein.

Durch notariellen Vertrag vom 20. Januar 1967 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

3505 Gudensberg, 8. 3. 1967

Amtsgericht Fritzlar  
Zweigstelle Gudensberg

### 1015

41 GR 1053 — 9. 3. 1967: Kim. Angest. Dieter Lotz und Johanna, geb. Jung, Dörnigheim (Main), haben durch Vertrag vom 7. 2. 1967 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 14. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 41

### 1016

41 GR 1054 — 9. 3. 1967: Kaufmann Gerhard Oskar August Reinhardt und Evelin Erna, geb. Urban, Dörnigheim (Main), haben durch Vertrag vom 31. 1. 1967 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 14. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 41

### 1017

41 GR 1055 — 15. 3. 1967: Bankkaufmann Hans-Otto Stuhr und Zahnärztin Dr. Gertrud Stuhr, geb. Heymach, in Hanau, haben durch Vertrag vom 20. 2. 1967 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 16. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 41

### 1018

41 GR 1056 — 15. 3. 1967: Ingenieur Ernst Merkert und Maria, geb. Ernst, in Odstein, haben durch Vertrag vom 1. 2. 1967 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 16. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 41

### 1019

#### Neueintragung

GR 293: Schreiner Leonhard Ballmert in Rai-Breitenbach (Odw.) und Antonie, geb. Lang.

Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

6128 Höchst (Odw.), 17. 3. 1967

Amtsgericht

### 1020

GR 176 — 15. 3. 1967: Ehegatten: Elektromonteur Karl-Heinz Reiff und Ingrid, geb. Wendt in Hofgeismar, Fronhof 2.

Durch notariellen Vertrag vom 25. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

352 Hofgeismar, 16. 3. 1967

Amtsgericht

### 1021

GR 175 — 13. 3. 1967 — lfd. Nr. 1: Ehegatten: Kaufm. Angestellter Rainer Winkler und Anneliese, geb. Morell, in Hofgeismar, Fronhof 3.

Durch Vertrag vom 7. März 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

352 Hofgeismar, 13. 3. 1967

Amtsgericht

### 1022

GR 1216 — 12. 1. 67: Schulz, Albert, Maurer, Kassel, und Ilse, geb. Jäger. Gütertrennung durch Vertrag vom 9. Dezember 1966.

GR 1216 A — 12. 1. 67: Müller, Werner, Gärtner, Oberkaufungen, und Dorothea, geb. Koll. Gütertrennung durch Vertrag vom 2. Dezember 1966.

GR 1217 — 17. 1. 67: Bommhardt, Ludwig, Kaufmann, Kassel, und Ursula, geb. Stojan. Gütertrennung durch Vertrag vom 31. Oktober 1966.

GR 1217 A — 17. 1. 67: Wagner, Karl, Kraftfahrer, Kassel, und Gertrud, geb. Lay. Gütertrennung durch Vertrag vom 13. Dezember 1966.

GR 1218 — 17. 1. 67: Irsch, Karl-Heinz, kaufmännischer Angestellter, Kassel, und Marianne, geb. Arnold. Gütertrennung durch Vertrag vom 2. November 1966.

GR 1218 A — 2. 2. 67: Schwamm, Hans-Georg, Bau-Ingenieur, Kassel, und Irmgard, geb. Rabanus. Gütertrennung durch Vertrag vom 10. Dezember 1966.

GR 1219 — 6. 2. 67: Wegling, Kurt, Gärtner, Kassel, und Ilse, geb. Hose. Gütertrennung durch Vertrag vom 2. Dezember 1966.

GR 1219 A — 6. 2. 67: Wiechert, Karl Heinz Willfried, Maschinenbautechniker, Kassel, und Ernestine, geb. Konietzny. Gütertrennung durch Vertrag vom 11. November 1966.

GR 1220 — 9. 2. 67: Zierenberg, Herbert, Fernsehtechniker in Kassel, und Elisabeth, geb. Gante. Gütertrennung durch Vertrag vom 5. November 1966.

GR 1220 A — 13. 2. 67: Schumann jun., Reinhold, Kaufmann, Kassel, und Monika Christine, geb. Werner. Gütertrennung durch Vertrag vom 19. Dezember 1966.

GR 1221 — 13. 2. 67: Werner, Manfred, Kaufmann, Kassel, und Brigitte, geb. Schumann. Gütertrennung durch Vertrag vom 17. Januar 1967.

GR 1221 A — 15. 2. 67: Fach, Rudolf, Lehrer, Kassel, und Waltraud, geb. Breunlich. Gütertrennung durch Vertrag vom 1. November 1966.

GR 1222 — 23. 2. 67: Rappe, Horst, Malermeister, Niederkaufungen, und Margot, geb. Schauenburg. Gütertrennung durch Vertrag vom 19. Dezember 1966.

GR 1222 A — 23. 2. 67: Rohrbach, Wolfgang, Kassel, und Karin, geb. Kuhn. Gütertrennung durch Vertrag vom 5. Januar 1967.

GR 1223 — 24. 2. 67: Wickmann, Achim, Kaufmann, Kassel, und Christa Hildgard, geb. Henschel. Gütertrennung durch Vertrag vom 13. Juli 1964.

GR 1223 A — 28. 2. 67: zur Linde, Karl, Kaufmann, Kassel, und Gertraud, geb. zur Linde. Gütertrennung durch Vertrag vom 15. Dezember 1966.

GR 1224 — 3. 3. 67: Lämmer, Egon, kaufmännischer Angestellter, Kassel, und Ursula, geb. Trampisch. Gütertrennung durch Vertrag vom 24. Januar 1967.

GR 1224 A — 3. 3. 67: Brinkmeier, Günter, Obertriebwagenführer, Kassel, und Marta, geb. Böhnke. Gütertrennung durch Vertrag vom 10. Dezember 1966.

GR 1225 — 9. 3. 67: Spengler, Herbert, Kaufmann, Kassel, und Helene, geb. Friedhoff. Gütertrennung durch Vertrag vom 14. Februar 1967.

GR 1225 A — 14. 3. 67: Müller, Hubert, Kraftfahrer, Kassel, und Ingeborg, geb. Biederbick. Gütertrennung durch Vertrag vom 27. Februar 1967.

GR 1226 — 14. 3. 67: Gerbig, Heinz, Kraftfahrer, Kassel, und Irma, geb. Brückner. Gütertrennung durch Vertrag vom 27. Februar 1967.

GR 1226 A — 14. 3. 67: Kaczinski, Alfred Johannes, Gewerbeoberlehrer, Kassel, und Gertraud Anna-Luise, geb. Bruchhaus. Gütertrennung durch Vertrag vom 19. Januar 1967.

GR 1227 — 14. 3. 67: Figge, Klaus, Flugzeuelektroniker, Kassel, und Anneliese, geb. Fingerhut. Gütertrennung durch Vertrag vom 9. Februar 1967.

GR 1227 A — 14. 3. 67: von Stein, Bolko, Versicherungskaufmann, Frommershausen (Krs. Kassel), und Ute, geb. Gerlach. Gütertrennung durch Vertrag vom 6. Februar 1967.

GR 1228 — 14. 3. 67: Geßner, Günter, Tankwart, Ihringshausen, Krs. Kassel, und Margot, geb. Winkler. Gütertrennung durch Vertrag vom 10. Februar 1967.

GR 206 A — 12. 1. 67: Junginger, Johannes Richard, technischer Kaufmann, Kassel, und Evamarie, geb. Rohrbach. Die durch Vertrag vom 17. Dezember 1950 vereinbarte Gütertrennung ist durch Vertrag vom 24. Oktober 1966/12. Dezember 1966 aufgehoben. Es gilt jetzt der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft.

35 Kassel, 14. 3. 1967

Amtsgericht

**1023**

GR 52 A — 16. 1. 1967: Eheleute: Elektromonteur Heinrich Bachmann und Frieda, verw. Hampe, geb. Bönning, Gieselwerder, Pfingstanger 225.

Durch notariellen Vertrag vom 7. Aug. 1964 ist Gütertrennung vereinbart.

3522 Karlshafen, 13. 3. 1967

Amtsgericht

**1024 Neueintragung**

GR 286 A: Elektromechaniker Laimon Karklinsch und dessen E'zfrau Margot Margarete Karklinsch, geb. Fels, beide in Langen (Hessen).

Durch Ehevertrag vom 2. Februar 1967 wurde Gütertrennung vereinbart.

607 Langen, 9. 3. 1967

Amtsgericht

**1025 Neueintragung**

GR 762 — 13. März 1967: Ehegatten Dr. phil. Axel Conrad Christian Azzola, Marburg, Deutschhausstraße 8, und Ute Marie Elske, geb. van Lessen, Juist, Wilhelmstraße.

Durch notariellen Vertrag vom 30. Dezember 1966 ist unter Ausschluß der Zugewinnungsgemeinschaft Gütertrennung vereinbart.

355 Marburg (Lahn), 13. 3. 1967

Amtsgericht

**1026**

GR 106: Ehegatten Lathkolik, Kurt, Kraftfahrer, geboren 20. 9. 1942, und Wilhelmine, geb. Striedl, geboren 3. 5. 1945, beide wohnhaft in Neukirchen (Krs. Ziegenhain).

Durch Vertrag vom 27. Oktober 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

Eingetragen am 5. Januar 1967.

3579 Neukirchen (Krs. Ziegenhain), 14. 3. 67

Amtsgericht

**1027 Musterschutzregister****Neueintragung**

MR 353 — 13. März 1967: Firma Hailo-Werk Rudolf Loh KG., Haiger (Dillkreis).

Zwei Fotos, darstellend einen Rollklappstisch mit Doppelscherenuntergestell, Fabrikationsnummer 7400. Plastisches Erzeugnis. Schutzfrist drei Jahre. Tag und Stunde der Anmeldung: 24. Februar 1967, 09.42 Uhr.

634 Dillenburg, 3. 3. 1967

Amtsgericht

**1028 Vereinsregister**

VR 33 — 10. 2. 1967: Sportverein 1924 Allendorf (Eder); Sitz: Allendorf (Eder).

3559 Battenberg (Eder), 16. 3. 1967

Amtsgericht Frankenberg  
Zweigstelle Battenberg (Eder)

**1029**

VR 1130 — 7. März 1967: Vereinigung der Linienunternehmer e. V., Darmstadt.

VR 1131 — 7. März 1967: Deutscher Verein für Gesundheitspflege in Darmstadt.

61 Darmstadt, 14. 3. 1967

Amtsgericht

**1030 Neueintragung**

VR 74 — 6. März 1967: Kleinkaliber Schützenverein 1930 Eltville, eingetragener Verein, Eltville (Rhein).

6228 Eltville (Rhein), 6. 3. 1967

Amtsgericht

**1031 Neueintragung**

VR 73 — 6. März 1967: Sport-Gemeinschaft Brummer, eingetragener Verein 1965 Eltville (SG Brummer), Eltville (Rhein).

6228 Eltville (Rhein), 6. 3. 1967

Amtsgericht

**1032 Neueintragungen**

Mit dem Sitz in Frankfurt am Main:

73 VR 4828 — 6. Dez. 1966: Internationale Reiseleiter-Liga.

73 VR 4900 — 8. Febr. 1967: Bund Deutscher Lohnsteuerzahler.

73 VR 4901 — 9. Febr. 1967: Serbisch-Orthodoxe Kirchengemeinde der Apostel Peter und Paul, in Frankfurt (Main).

73 VR 4902 — 9. Febr. 1967: Unterstützungskasse der Firma Ludwig Rhumbler KG.

73 VR 4914 — 14. Febr. 1967: Radfahrerverein Germania-Tempo Frankfurt (Main)-Höchst.

73 VR 4922 — 24. Febr. 1967: Deutsch-Tschechoslowakische Gesellschaft (Deutsche Gesellschaft zur Förderung der kulturellen und menschlichen Beziehungen zur CSSR).

73 VR 4923 — 24. Febr. 1967: Illuminaten Orden (Ordo Illuminatorum), Loge Freiherr Adolph von Knigge.

73 VR 4930 — 7. März 1967: Gesellschaft der Frankfurter Ärzte.

73 VR 4931 — 7. März 1967: Familienlandheim der Heilandsgemeinde.

73 VR 4941 — 7. März 1967: Interessengemeinschaft Waldsiedlung Reitzeberg Mittel-Gründau.

\*

73 VR 4938 — 28. Febr. 1967: 1. Fußballclub Sulzbach (Taunus); Sitz: Sulzbach (Taunus).

73 VR 3690 — 18. Jan. 1967: Werbe-stelle der keramischen Wand- und Bodenfliesen-Industrie; Sitz: Frankfurt (Main). Der Verein ist aufgelöst.

73 VR 4216 — 9. Febr. 1967: Industrieverband Kunststoff-Boden- und Wandbeläge. Sitz: Frankfurt (Main). Der Verein ist aufgelöst.

Der Verein ist aufgelöst.

6 Frankfurt (Main), 13. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 73

**1033 Neueintragung**

VR 49: Förderkreis Hallenschwimmbad, Treysa.

3578 Treysa, 14. 3. 1967

Amtsgericht

**1034 Vergleiche — Konkurse****Beschluß**

6 Na 13/66: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Auf, Entwicklungs- und Konstruktions-GmbH., Bad Homburg v. d. H., Frölingstraße 18, wird der auf den 17. März 1967 bestimmte Prüfungstermin abgesetzt, da keine Veröffentlichung im Bundesanzeiger erfolgt ist. Weitere Konkursforderungen sind bis zum 28. April 1967 beim Gericht anzumelden.

Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen und zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl

eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 133 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am 8. Mai 1967, um 10.00 Uhr, im Amtsgericht in Bad Homburg v. d. H., 1. Obergeschoß, Saal 2.

638 Bad Homburg v. d. H., 13. 3. 1967

Amtsgericht

**1035**

81 N 25/63: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Brossmann Kommanditgesellschaft, Bauunternehmung**, Frankfurt (Main), Fichardstraße 48, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Hierfür stehen 40 420,58 DM zur Verfügung, wovon noch die Gerichtskosten, die Vergütung des Konkursverwalters nebst Auslagen und die Vergütung der drei Mitglieder des Gläubigerausschusses in Abzug kommen.

Zu berücksichtigen sind 92 286,— DM gem. § 61, 1 KO, 240,75 DM gem. § 61, 3 KO und nicht bevorrechtigte Forderungen im Gesamtbetrage von 228 772,84 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt (Main) — Konkursabteilung — auf.

6 Bergen-Enkheim, 17. 3. 1967

Der Konkursverwalter:  
Dr. Albin Fritsch  
Rechtsanwalt und Notar

**1036****Beschluß**

81 N 87/66: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Bauunternehmers Günter Löb**, Frankfurt (Main) - Hedderneim, Diezerdstraße 6, wird Termin zur Prüfung nachträglicher Forderungsanmeldungen sowie zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis anberaumt auf den 5. Mai 1967, um 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer Nr. 507.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: Vergütung: 400,— DM, Auslagen: 17,60 DM.

6 Frankfurt (Main), 14. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

**1037**

81 N 123/67 — **Nachlaß-Konkursverfahren**: Über den Nachlaß des am 30. 9. 1966 verstorbenen, zuletzt in Frankfurt (Main), Habsburger Allee 84, wohnhaft gewesenen Verlegers **Cordt (Kurt) von Klocke**, Inhaber der nicht eingetragenen Firma **Verlag Cordt von Klocke**, in Frankfurt (Main), Habsburger Allee 84 II, wird heute, am 15. März 1967, um 9.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Herr Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Schaaf, Frankfurt (Main), Rennbahnstraße 6; Tel.: 67 33 57.

Konkursforderungen sind bis zum 10. 4. 1967 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 21. April 1967, um 11.15 Uhr; Prüfungstermin: 5. Mai 1967, um 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht

Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 10. April 1967 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 15. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

### 1038

81 N 276/64: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Jean Haensel GmbH.**, Frankfurt (Main), Ulmenstraße 22, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Es stehen hierfür 20 127,57 DM zur Verfügung, von denen noch die Kosten des Verfahrens abgehen. Am Verfahren sind beteiligt Vorrechtsforderungen I/I 31 208,70 DM, I/II 41 007,58 DM, I/III 1152,70 DM und nicht bevorrechtigte Forderungen II 1 606 467,87 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt (Main) offen.

6 Frankfurt (Main), 15. 3. 1967

Der Konkursverwalter:  
Helmut B u r g h a r d t  
Rechtsbeistand

### 1039

#### Beschluß

81 N 57/66: In dem Konkursverfahren der Firma **IWO, Tiefkühl-Technik GmbH.**, Frankfurt (Main), Feuerbachstraße 14, wird Termin zur Prüfung nachträglicher Forderungsanmeldungen sowie zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis anberaumt auf den 28. April 1967, um 9.15 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: Vergütung: 4500,— DM, Auslagen: 125,— DM.

6 Frankfurt (Main), 9. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

### 1040

81 N 6/67: **Anschlußkonkursverfahren:** Auf Antrag des Schuldners **Schamber KG., Baustoffe, Kohlen, Fuhrbetrieb, Hailer** (Krs. Gelnhausen), wird das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eingestellt, weil Schuldner die Nichterfüllbarkeit des Vergleichs angezeigt hat.

Zugleich wird gem. §§ 96, 102 der Vergleichsordnung heute, am 14. März 1967, um 10.00 Uhr, das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen des Antragstellers eröffnet.

Der Justizobersekretär a. D. Willi Wallecki, Gelnhausen, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 24. Mai 1967 bei dem Gericht anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Freitag, den 14. April 1967, um 10.00 Uhr, und zur Prüfung angemeldeten Forderungen auf Freitag, den 18. Juni 1967, um 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße Nr. 9, Erdgeschoß, Zimmer Nr. 13, Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den

Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 21. April 1967 Anzeige zu machen.

646 Gelnhausen, 14. 3. 1967

Amtsgericht

### 1041

50 N 53/65: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 21. August 1965 in Kassel verstorbenen **Kaufmanns Alfred Otto Karl Gusen**, zuletzt wohnhaft gewesen in Obervellmar, Mühlenbergweg 8 1/2, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben (§ 163 I KO).

35 Kassel, 9. 3. 1967

Amtsgericht

### 1042

50 N 1/66: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **A. Bitter & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, Kassel, Fiedlerstraße 20-32, **Herstellung und Vertrieb elektrischer Maschinen und deren Steuerungen**, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf den 30. Mai 1967, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143, bestimmt.

35 Kassel, 6. 3. 1967

Amtsgericht

### 1043

5 VN 2/67 — **Vergleichsverfahren:** Über das Vermögen des **Kfz-Händlers Horst Abel**, wohnhaft in Stadt Allendorf, Wupperweg 8, **Alleininhaber der Firma Auto-Abel** in Neustadt, wird heute, am 13. März 1967, um 12.00 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet.

Gleichzeitig ist an den Schuldner ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen worden. Vergleichsverwalter: Rechtsanwalt Hans Martzloff in Kirchhain. Vergleichstermin am 6. April 1967, um 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kirchhain, Niederrheinische Straße 32, Zimmer 20.

Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald zweifach anzumelden.

Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

357 Kirchhain (Bz. Kassel), 13. 3. 1967

Amtsgericht

### 1044

#### Beschluß

N 5/65: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 24. 11. 1965 verstorbenen **Fabrikarbeiters Stephan Heyser** aus Korbach, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

354 Korbach, 7. 3. 1967

Amtsgericht

### 1045

#### Beschluß

7 VN 1/67 — **Vergleichsverfahren:** Der **Kaufmann Wilhelm Ehrhardt** in Groß-Rohrheim, hat durch einen am 10. März 1967, um 12.00 Uhr eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen der **Firma Wilhelm Ehrhardt oHG., Eisenwaren Groß- und**

**Kleinhandel**, in Groß-Rohrheim, beantragt.

Entsprechend §§ 11 Vergl.O. wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt und Notar Heinrich Vowinkel in Gernsheim zum vorläufigen Verwalter bestellt.

684 Lampertheim, 13. 3. 1967

Amtsgericht

### 1046

5 N 6/67 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen der **Frau Ingeborg Killan, geb. Kiel**, 607 Langen, Frankfurter Str. 66, **Inhaberin der Firmen Wollstube Ingeborg Killan, Sprendlingen und Neu-Isenburg**, wird heute, am 15. März 1967, um 10.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da die Gemeinschuldnerin überschuldet und zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt und Notar Dr. Rosenkranz, Langen (Hessen).

Konkursforderungen sind bis zum 25. April 1967 beim Gericht anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Mittwoch, den 5. April 1967, um 9.15 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Mittwoch, den 10. Mai 1967, um 9.15 Uhr, vor dem Amtsgericht in Langen, Darmstädter Straße Nr. 29, I. Stockwerk, Zimmer Nr. 20.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 3. April 1967 anzeigen.

607 Langen, 15. 3. 1967

Amtsgericht

### 1047

#### Beschluß

7 N 41/63: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **HEKO, Holz- und Kunststoffhandel GmbH.**, Offenbach (Main), Marienstraße 12-14, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Die Vornahme der Schlußverteilung wird genehmigt. Schlußtermin gem. § 62 KO und Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen wird bestimmt auf Mittwoch, den 26. 4. 1967, um 9.00 Uhr, Zimmer 34.

Schlußrechnung und Schlußverzeichnis sind auf der Geschäftsstelle offengelegt.

Für den Konkursverwalter sind festgesetzt: Vergütung auf 5000,— DM; Auslagen auf 587,30 DM.

605 Offenbach (Main), 13. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 7

### 1048

#### Beschluß

62 N 32/64: In dem **Nachlaßkonkursverfahren** über das Vermögen des am 19. September 1962 verstorbenen **Maklers Artur Lemke**, zuletzt wohnhaft in Wiesbaden, Tannusstraße 31, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf den Donnerstag, 20. April 1967, um 11.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Wiesbaden, Zimmer 244, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis



der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

62 Wiesbaden, 10. 3. 1967 Amtsgericht

### 1049

#### Beschluß

62 N 67/66: In dem Nachlaßkonkursverfahren über das Vermögen des am 11. Mai 1966 in Wiesbaden verstorbenen Handelsvertreters Johann Bednorz, zuletzt wohnhaft in Wiesbaden, Sonnenberger Straße 60, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf Donnerstag, den 20. April 1967, um 15.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Wiesbaden, Zimmer 244, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

62 Wiesbaden, 10. 3. 1967 Amtsgericht

### 1050

62 N 27/67 — Konkursverfahren: Über den Nachlaß des am 10. Dezember 1965 in Wiesbaden verstorbenen Gastwirts Josef Weinberg, zuletzt wohnhaft in Wiesbaden, Im Rad 13, wird heute, am 14. März 1967, um 10.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsbeistand M. Hanke in Wiesbaden, Rheinbahnstraße 5.

Anmeldungen (doppelt) bis zum 20. April 1967.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 27. April 1967, um 15.30 Uhr, Zimmer 244. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 20. April 1967.

62 Wiesbaden, 14. 3., 1967 Amtsgericht

### 1051

#### Beschluß

62 N 61/63: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kraftfahrzeughändlers Hermann Rinner, in Wiesbaden-Schierstein, Karl-Lehr-Straße 12, jetzt Wiesbaden, Möhringstraße 10, wird gemäß § 204 KO eingestellt, weil eine die Kosten des Verfahrens deckende Masse nicht vorhanden ist.

62 Wiesbaden, 10. 3. 1967 Amtsgericht

### Zwangsversteigerungen

**Sammelbekanntmachung.** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Ver-

fahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

### 1052

#### Beschluß

4 K 29/66: Die im Grundbuch von Bärstadt, Band 16, Blatt 470, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 43, Gemarkung Bärstadt, Flur 20, Flurstück 62, A., auf der untersten Platt, Größe 7,00 Ar,

lfd. Nr. 44, Gemarkung Bärstadt, Flur 20, Flurstück 78, A., daselbst, Größe 8,00 Ar,

lfd. Nr. 45, Gemarkung Bärstadt, Flur 20, Flurstück 107, A., im Kappesgarten, Größe 10,30 Ar,

lfd. Nr. 48, Gemarkung Bärstadt, Flur 28, Flurstück 33, A., Tiergarten, Größe 42,54 Ar,

sollen am 12. Juni 1967, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Neustraße Nr. 12, Saal Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 7. 12. 66 (Tag des Versteigerungsvermerks): Frau Gertrud Eckert, geb. Kaiser, Bärstadt.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt:

Grundstück Nr. 43 auf 10 500,— DM

Grundstück Nr. 44 auf 13 350,— DM

Grundstück Nr. 45 auf 15 450,— DM

Grundstück Nr. 48 auf 1 200,— DM

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 3. 2. 1967

Amtsgericht

### 1053

K 12/66: Das im Grundbuch von Büdesheim, Band 26, Blatt 1318, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Büdesheim, Flur 2, Flurstück 34/1, Bauplatz vor dem Löbersroth, Größe 14,64 Ar,

Einheitswert: 2 100 DM,

ortsgerichtliche Schätzung: 29 280,— DM,

soll am Donnerstag, den 18. Mai 1967, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Vilbel, Frankfurter Straße Nr. 132, Zimmer Nr. 1, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. 6. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Wwe. Anna Katharina Geiger, geb. Schmidt, Büdesheim; b) Wwe. Susanne Schwab, geb. Geiger, Büdesheim; c) Marie Geiger, Büdesheim; d) Wwe. Minna Günther, geb. Geiger, Büdesheim; e) Anna Margarethe Schmidt, geb. Ullrich, Kilianstädten; f) Wilfriede Goy, geb. Geiger, Heldenbergen; g) Wwe. Anna Katharina Geiger, geb. Schmidt, zu 251/1464; h) Hans Vielsmeier, Büdesheim, zu 462/1464; i) Dorothea Eckert, geb. Bailly, Hanau, zu 500/1464; k) Susanne Schwab, geb. Geiger, Büdesheim, zu 251/1464; zu a-f) in Erbengemeinschaft zu 251/1464.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 30 000,— DM (Beschuß vom 18. 8. 1966).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 15. 3. 1967

Amtsgericht

### 1054

4 K 36/66: Das im Grundbuch von Heppenheim, Band 31, Blatt 2830, eingetragene Grundstück,

Nr. 7, Gemarkung Heppenheim, Flur 1, Flurstück 624/2, Hof- und Gebäudefläche, Großer Markt 5, Größe 1,80 Ar,

soll am 21. Juni 1967, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer 203, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. 11. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Apotheker Otto Custodis in Heppenheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

614 Bensheim, 15. 3. 1967 Amtsgericht

### 1055

K 18/66: Das im Grundbuch von Niedereisenhausen, Band 17, Blatt 645 A, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Niedereisenhausen, Flur 13, Flurstück 56/3, Lieg.-B. 1193, Hof- und Gebäudefläche, hinter dem Helges, Größe 5,00 Ar,

soll am Montag, den 5. Juni 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Hainstraße 72, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 11. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1a) Hüttenarbeiter Albert Brill; b) seine Ehefrau Irene Brill, geb. Beck, beide in Lixfeld, je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

356 Biedenkopf, 15. 3. 1967 Amtsgericht

### 1056

K 4/66: Das im Grundbuch von Verna, Blatt 690, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Verna, Flur 10, Flurstück 1/61, Hof- und Gebäudefläche, Vernaer Straße, Größe 7,67 Ar,

soll am 21. Juni 1967, um 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Borken (Bz. Kassel), Kraugasse 30, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 4. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bergmann Wilhelm Bachmann und Ehefrau Elfriede Bachmann, geb. Schinke, Welcherod, je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG durch Beschluß vom 13. 9. 1966 festgesetzt auf 68 000,— DM.

Auf der Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3537 Borken (Bz. Kassel), 9. 3. 1967

Amtsgericht

### 1057

K 3/66: Die im Grundbuch von Niederselters, Band 11, Blatt 354, eingetragenen Grundstücke der Eheleute Julius Hirsch, und Verona, geb. Fingerhut, in Niederselters, zu je 1/2,

Nr. 9, Gemarkung Niederselters, Flur 3, Flurstück 364, Gartenland, durch die Hofraithe Nr. 216, Größe 0,28 Ar,

Nr. 11, Gemarkung Niederselters, Flur 3, Flurstück 216/2, Hof- und Gebäudefläche, Sackgasse 20, Größe 13,39 Ar,

sollen am 11. Mai 1967, um 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Camberg, Frankfurter

Straße 11, Zimmer 6, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 8. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Schreiner Julius Hirsch, und b) dessen Ehefrau Verona, geb. Fingerhut, in Niederselters, zu je 1/2.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt: 1. Flur 3, Nr. 364, Größe 0,28 Ar, auf 140,— DM, und 2. Flur 3, Nr. 216/2, Größe 13,39 Ar, auf 40 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6277 Camberg, 8. 3. 1967

**Amtsgericht Limburg**  
Zweigstelle Camberg

## 1058

### Beschluß

3 K 7/66: Das im Grundbuch von Oberhonne, Band 23, Blatt 914, eingetragene Grundstück, Gemarkung Oberhonne,

lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 62/1, Hof- und Gebäudefläche, beim Semß, Größe 8,00 Ar.

soll am Mittwoch, 31. Mai 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 25. März 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Zimmermann Christoph Herold, Oberhonne, Am Holunderstrauch 11.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 58 600,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 8. 3. 1967 **Amtsgericht**

## 1059

84 K 26/66: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Frankfurt (Main) eingetragenen Grundstücke:

A. Bezirk 48 F, Band 11, Blatt 450,

lfd. Nr. 2, Gemarkung 48 F, Flur 21, Flurstück 85, Wingertswiesen, Gartenland, Größe 0,66 Ar,

B. Bezirk 48 H, Band 17, Blatt 679,

lfd. Nr. 2, Gemarkung 48 H, Flur I, Flurstück 633, Ackerland (Obstb.), Heimzu bei der Steinstraße, Größe 2,12 Ar,

am 17. Mai 1967, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, Zimmer 507, V. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. April 1966 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Landwirt Wilhelm Adolf Röding, in Beienheim, und Ingenieur Hans Röding, in Frankfurt (Main), in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt: Grundstück vorstehend zu A. auf 660,— DM; Grundstück vorstehend zu B. auf 2544,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 8. 3. 1967

**Amtsgericht, Abt. 84**

## 1060

K 58/66: Das im Grundbuch von Ockstadt, Band 51, Blatt 2453, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Ockstadt, Flur 1, Flurstück 370/2, Hof- und Gebäudefläche, Gartenstraße, Größe 3,40 Ar,

soll am Montag, 22. Mai 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18, Zimmer Nr. 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. Febr. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Weißbindermeister Horst Griedelbach, Ockstadt.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 50 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 9. 3. 1967

## 1061

K 5/66: Das im Grundbuch von Mörlenbach (Odw.), Band 23, Blatt 1134, eingetragene Grundstück,

Flur 1, Nr. 291/9, Hof- und Gebäudefläche, Neue Straße 6, Größe 11,59 Ar,

soll am Montag, dem 19. Juni 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Fürth (Odw.), Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. Juli 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kurt Mölter, Autoschlosser, in Mörlenbach (Odw.).

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG, entsprechend der Schätzung durch das Ortsgericht, festgesetzt auf 86 835,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth (Odw.), 1. 3. 1967

**Amtsgericht**

## 1062

K 11-13/66: Betr.: Zwangsvollstreckung der im Grundbuch von Sandbach, Blatt 272, eingetragenen Grundstücke.

Eigentümer: Eheleute Karl Haas und Sophie Haas, in Sandbach (Odw.), Heilstättenstraße 34.

Nach § 74a ZVG ist neuer Versteigerungstermin bestimmt auf Dienstag, den 13. Juni 1967, um 14.00 Uhr, im Sitzungssaal des Amtsgerichts Höchst (Odw.).

6128 Höchst (Odw.), 14. 3. 1967

**Amtsgericht**

## 1063

### Beschluß

44 K 32/65: Das im Grundbuch von Leihgestern, Band 42, Blatt 1639, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Leihgestern, Flur 4, Flurstück 142/4, Lieg.-B. 756, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 118, Größe 9,16 Ar,

soll am 18. Juli 1967, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße Nr. 1, Zimmer Nr. 118, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. Okt. 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Steinmetz Friedrich August Albert Schröder, Leihgestern, Bahnhofstraße 118.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 130 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

63 Gießen, 23. 2. 1967

**Amtsgericht**

## 1064

51 K 1/65: Das im Grundbuch von Bergshausen, Band 14, Blatt 432, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bergshausen, Flur 9, Flurstück 24/1, Lieg.-B. 422, Hof- und Gebäudefläche, Lindenstraße 24, Größe 3,01 Ar,

soll am 23. Mai 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 20. Januar 1965 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Dora Günther, geb. Wagner, in Bergshausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 6. 3. 1967

**Amtsgericht**

## 1065

51 K 33/65: Das im Grundbuch von Wehlheiden, Band 85, Blatt 2317, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wehlheiden, Flur C, Flurstück 1275/177, Lieg.-B. 1990, Hof- und Gebäudefläche, Kohlenstr. 112, Größe 6,68 Ar,

soll am 20. Juni 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. 11 (Saalbau), Zimmer 143, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 4. 1965 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): a) Rentner Johann Konrad genannt Kurt Faust, b) und dessen Ehefrau Annemarie Faust, geb. Kiefert, in Kassel, je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 15. 3. 1967

**Amtsgericht**

## 1066

51 K 87/66: Die im Grundbuch von Niederkaufungen, Band 57, Blatt 2135, eingetragenen Grundstücke, Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niederkaufungen, Flur 9, Flurstück 79, Ackerland, Hinter dem Feldhofe, Größe 17,30 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Niederkaufungen, Flur 9, Flurstück 210/80, Ackerland, An der Schindergasse, Größe 24,00 Ar,

sollen am 30. Mai 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. Aug. 1966 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Bauunternehmung W. A. C. van der Stappen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Krefeld.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 9. 3. 1967

**Amtsgericht**

**1067**

51 K 101/66: Das im Grundbuch von Weimar, Band 36, Blatt 1097, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 1, Gemarkung Weimar, Flur 5, Flurstück 42/2, Lieg.-B. 1288, Hof- und Gebäudefläche, Am Kammerberg 1, Größe 8,70 Ar,

soll am 6. Juni 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 28. September 1966 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Margot Weuffen, geb. Iffert-Pfaar, in Düsseldorf-Rath.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 13. 3. 1967

Amtsgericht

**1068**

51 K 98/66: Das im Grundbuch von Jhringshausen, Band 40, Blatt 1201, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis.

lfd. Nr. 1, Gemarkung Jhringshausen, Flur 8, Flurstück 56, Hof- und Gebäudefläche, Fuldastraße 2, Größe 7,52 Ar,

soll am 13. Juni 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 11. 1966 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): a) Fuhrunternehmer Heinrich Kalveram, b) dessen Ehefrau Anna Kuni-gunde, geb. Degenhardt, beide in Jhringshausen, je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 13. 3. 1967

Amtsgericht

**1069**

9 K 22/66: Das im Grundbuch von Schönberg, Band 8, Blatt 290, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Schönberg, Flur 3, Flurstück 457/142, Bauplatz, Bahnstraße, Größe 6,00 Ar,

soll am 31. Mai 1967, um 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 7. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Fliesenleger Günther Karl Scherf in Schönberg (Taunus).

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 27 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

624 Königstein (Taunus), 15. 3. 1967

Amtsgericht

**1070**

5 K 25/66: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Kirchhain belegene, im Grundbuch von Kirchhain, Blatt 2827, eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück, am Donnerstag, den 18. Mai 1967, um 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kirchhain, Zimmer Nr. 20, versteigert werden:

lfd. Nr. 1, Flurstück 46/3, Ackerland, bei der Papiermühle, Größe 7,04 Ar.

Der Zwangsvollstreckungsvermerk ist am 3. August 1966 in das Grundbuch eingetragen worden. Als Eigentümerin war damals die Ehefrau des Fuhrunternehmers Heinrich Seibel, Dorothea Seibel, geb. Jegust, in Kirchhain, eingetragen.

Durch rechtskräftigen Beschluß des Amtsgerichts Kirchhain vom 25. Jan. 1967, ist gem. § 74a ZVG der Wert des Grundstücks auf 5 632,— DM (i. W. Fünftausendsechshundertzweiunddreißig Deutsche Mark), festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

357 Kirchhain (Bz. Kassel), 6. 3. 1967

Amtsgericht

**1071**

K 17/66: Das im Erbbaubuch von Rückingen, Band 3, Blatt 93 E, eingetragene Erbbaurecht,

Gemarkung Rückingen, Flur 1, Flurstück 53, Lieg.-B. 1087, Hof- und Gebäudefläche, Größe 11,86 Ar,

soll am 15. 6. 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Lgsb., Steinweg 13, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Erbbauberechtigte am 22. 11. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1a) Radiohändler Joachim Nerke, Rückingen, Kennedystraße 12, b) dessen Ehefrau Edith, geb. Dostert, je zur Hälfte.

Der Wert des Erbbaurechts wird nach § 740, Abs. 5 ZVG auf 350 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6456 Langenselbold, 15. 3. 1967

Amtsgericht

**1072**

K 20/66: Das im Grundbuch von Lauterbach, Band 71, Blatt 2645, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Lauterbach, Flur 12, Flurstück 209/4, Hof- und Gebäudefläche, Beethovenstraße 5, Größe 8,26 Ar,

soll am Mittwoch, den 31. Mai 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Lauterbach (Hessen), Königsberger Straße 8, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 12. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. Georg Lucht, Stahl- und Metallbau, Lauterbach, 2. seine Ehefrau Elisabetha, geb. Trabandt, daselbst, je zur Hälfte.

Der Wert des zu versteigernden Grundstückes ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 185 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

642 Lauterbach (Hessen), 10. 3. 1967

Amtsgericht

**1073****Beschluß**

7 K 35/66: Das im Grundbuch von Niederweimar, Blatt 438, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 14, Gemarkung Niederweimar, Flur 8, Flurstück 64/1, Lieg.-B. 52, Hof-

und Gebäudefläche, im Dorf, Haus Nr. 39, Größe 2,32 Ar,

soll am 27. Juli 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, zu Marburg (Lahn), Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 24. 11. 66 (Tag des Versteigerungsvermerks): Buchbinder Johann Emil Hahn, Niederweimar.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 10 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

355 Marburg (Lahn), 7. 3. 1967

Amtsgericht

**1074****Beschluß**

7 K 10/65: Die im Grundbuch von Marburg (Lahn), Band 183, Blatt 6838, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 10, Gemarkung Marburg, Flur 7, Flurstück 24/4, Hof- und Gebäudefläche, Georg-Voigt-Straße 71, Größe 19,55 Ar,

lfd. Nr. 11, Gemarkung Marburg, Flur 7, Flurstück 23/6, Gartenland, daselbst, Größe 1,91 Ar,

lfd. Nr. 12, Gemarkung Marburg Flur 7, Flurstück 23/8, Gartenland, daselbst, Größe 1,98 Ar,

sollen am 6. Juli 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, zu Marburg (Lahn), Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. 5. 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Dipl.-Kaufmann Heinrich Geil, Marburg.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt: lfd. Nr. 10 auf 222 000,— DM, lfd. Nr. 11 auf 9 500,— DM, lfd. Nr. 12 auf 10 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

355 Marburg (Lahn), 14. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 7

**1075**

7 K 5/64 und 7 K 15/66: Das im Grundbuch von Offenbach (Main), in Band 224, Blatt 6519, eingetragene Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Offenbach (Main), Flur 22, Nr. 44/3, Lieg.-B. 5272, Hof- und Gebäudefläche, Friedensstraße 84, Größe 2,40 Ar,

soll am Mittwoch, den 24. Mai 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Offenbach (Main), Kaiserstraße 16, Zimmer 38, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am Tage des Versteigerungsvermerks (10. 2. 64 bzw. 18. 5. 66): a) Ludwig Theodor Hinkelbein, in Offenbach (Main), zu 1/2, b) Johanna Hinkelbein, geb. Hammer, daselbst zu 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 30 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

605 Offenbach (Main), 16. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 7

## Andere Behörden und Körperschaften

1076

**Bekanntmachung****Betr: Löschung im Naturdenkmalbuch**

Im Naturdenkmalbuch des Oberlahnkreises sind unter lfd. Nr. 32 am 22. 7. 1938 durch Verordnung vom gleichen Tage (veröffentlicht im Reg.-Amtsblatt Nr. 39 vom 13. 8. 1938 S. 154—157) folgende Bäume im oberen Schloßgarten zu Weilburg als Naturdenkmale eingetragen:

- a) 3 Blutbuchen
- b) 2 Steineichen
- c) 2 Hainbuchen
- d) 1 Roßkastanie
- e) 1 Spitzahorn
- f) 1 Traueresche
- g) 1 gescheckter Ahorn

sowie der gesamte Baumbestand im Gebäck.

Mit Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten als obere Naturschutzbehörde vom 25. 2. 1966 wurden die unter b, d, e, f, g und h eingetragenen Bäume aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung entfernt.

Auf Grund des § 14 Abs. 1 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821) und des § 8 Abs. 1 der Durchführungsverordnung vom 31. 10. 1938 (RGBl. I S. 1275) wird ihre Eintragung im Naturdenkmalbuch mit dem heutigen Tage gelöscht.

Die unter a und c eingetragenen Bäume sowie der gesamte Baumbestand im Gebäck bleiben als Naturdenkmale bestehen und genießen nach wie vor den Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes.

629 Weilburg, 10. 3. 1967

**Der Kreisausschuß des Oberlahnkreises  
als untere Naturschutzbehörde**

gez. Schneider  
Landrat

1077

**Aufforderung:** Herr Peter Mühlhause, Eltmannshausen, Weidenhäuser Straße 41 hat die Kraftloserklärung des auf den Namen seiner verstorbenen Ehefrau Martha Mühlhause, Eltmannshausen, Weidenhäuser Straße 41 lautenden Sparkassenbuches Nr. 56616 beantragt.

Der oder die Inhaber des Sparkassenbuches werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

344 Eschwege, 17. 3. 1967

**KREISSPARKASSE ESCHWEGE**  
Der Vorstand

1078

**Aufforderung:** Frau Elisabeth Hens Wwe., Hanau, Gärtnerstr. 35, hat die Kraftloserklärung der Sparkassenbücher Nr. 251 497 und 402 630 beantragt.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

645 Hanau, 16. 3. 1967

**STADTSPARKASSE UND LANDESLEIHBANK HANAU**  
Der Vorstand

1079

**Aufforderung:** Die Nachstehenden haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt: 1. Ingeborg Schork, Darmstadt, Nr. 186 806; 2. Helene Dehn, Darmstadt, Nr. 500 578; 3. Arbeitsgemeinschaft der Christengemeinden in Deutschland e. V. Abt. Bibelschule „Beröa“, Erzhausen, Nr. 2 401 133; 4. Wilhelm Günter, Darmstadt, Nr. 4 034 154.

Ferner haben folgende Personen die Kraftloserklärung der nachstehend aufgeführten Sparkassenbücher beantragt: 1. Heinrich Weber und Louise Schild geb. Weber, Mainz, Nr. 153 699; Konrad Ernst Ldw. Weber; 2. Jugendsozialwerk e. V. Darmstadt, Nr. 4 032 109, Willibald Schmidt.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

61 Darmstadt, 12. 3. 1967

**STADT UND KREIS-SPARKASSE DARMSTADT**  
Der Vorstand

**Öffentliche Ausschreibungen**

1080

**Dillenburg:** Für den Ausbau der Ortsdurchfahrt Daubhausen (Kreis Wetzlar) im Zuge der K 64, km 7,770 — km 7,920

sollen u. a. vergeben werden:

500 cbm	Erdarbeiten
300 t	Frostschutzschicht
350 t	Schotterunterbau
1 100 qm	Asphaltbinder — 100 kg/qm —
1 200 qm	Asphaltfeinbeton — 48 kg/qm —
300 m	Hochbordsteine
360 m	Betonhalbrinne
675 qm	bit. Gehwegbefestigung

Bauzeit: 30 Werkzeuge.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 5,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Dillenburg (Postscheckkonto Ffm. Nr. 6820) unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 11. 4. 1967, um 11.00 Uhr im Hess. Straßenbauamt Dillenburg, Moritzstraße. Zuschlags- und Bindefrist bis 15. 5. 1967.

634 Dillenburg, 17. 3. 1967

Hessisches Straßenbauamt

1081

**Dillenburg:** Für den Ausbau der Ortsdurchfahrt Vetzberg (Kreis Wetzlar) im Zuge der K 404 von km 0,700 — km 1,100

sollen u. a. vergeben werden:

720 cbm	Erdarbeiten
330 cbm	Frostschutzschicht
750 t	Schotterunterbau
1 350 qm	Asphaltbinder — 100 kg/qm —
1 100 qm	Asphaltbinder — 145 kg/qm —
2 450 qm	Asphaltfeinbeton — 48 kg/qm —
780 m	Hochbordsteine
780 m	Betonhalbrinne
1 500 qm	bit. Gehwegbefestigungen

Bauzeit: 60 Werkzeuge

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 10,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Dillenburg (Postscheckkonto Ffm. Nr. 6820) unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 12. 4. 1967, um 11.00 Uhr im Hess. Straßenbauamt Dillenburg, Moritzstraße. Zuschlags- und Bindefrist bis 15. 5. 1967.

634 Dillenburg, 17. 3. 1967

Hessisches Straßenbauamt

1082

**Marburg:** Die Bauarbeiten für den Neubau der Unterführung zum Parkplatz der Universität im Zuge des Main-Lahn-Schnellweges im Stadtgebiet Marburg (Bauwerk Id) sollen im Wege einer öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Die Arbeiten umfassen im wesentlichen:

240 lfd. m	Pfahlgründung
60 cbm	Stahlbeton der Pfahlkopfflatten B 300
130 cbm	Stahlbeton der Widerlager und Flügel B 300
75 cbm	Stahlbeton der Überbaukonstruktion B 450
einschließlich aller Nebenarbeiten.	

Bauzeit: 150 Werkzeuge.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 14,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Marburg (L.), Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 6758 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Meldeschuß am 7. 4. 1967.

Eröffnungstermin am 25. 4. 1967 um 11.00 Uhr im Zimmer 14 des Hess. Straßenbauamtes Marburg (L.), Ketzlerbach 11. Zuschlags- und Bindefrist bis zum 30. 5. 1967.

355 Marburg (Lahn), 16. 3. 1967

Hessisches Straßenbauamt

**1083**

Weilburg: Die Bauleistungen für den Ausbau der Landesstraße Nr. 3322 in der Ortslage Obertiefenbach, km 0,000 — km 0,500 sollen vergeben werden.

## Leistungen u. a.

- 3 000 cbm Fahrbahnauskoffierung
- 3 000 t Frostschutzmaterial liefern und einbauen
- 3 200 qm zweischichtige bit. Tragschicht
- 3 200 qm unterer Asphaltbinder mit 125 kg/qm
- 3 200 qm oberer Asphaltbinder mit 85 kg/qm
- 3 200 qm Asphaltfeinbeton mit 85 kg/qm
- 2 500 qm Asphaltfeinbeton mit 50 kg/qm

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 90 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 8,— DM, die in keinem Fall zurück-erstattet werden, abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Weilburg/L., Postscheckkonto 6829 Frankfurt (Main) unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Die Angebotsunterlagen sind bis zum 7. 4. 1967 anzufordern. Der Einzahlungsbeleg ist der Anforderung beizufügen.

Eröffnungstermin: 20. 4. 1967 um 10.00 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 18 Werktage.

629 Weilburg, 16. 3. 1967

Hessisches Straßenbauamt

**1084**

Marburg: Die Bauarbeiten für den Neubau der Fußgänger-Unterführung vom Universitätsgelände zur Mensa im Zuge des Main-Lahn-Schnellweges im Stadtgebiet Marburg (Bauwerk Ie) sollen im Wege einer öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

## Die Arbeiten umfassen im wesentlichen:

- ca. 800 qm Umleitungsstrecke
- 1 100 cbm Erdaushub der Baugrube bei vollständiger Grundwasserabsenkung
- 540 cbm Stahlbeton B 300
- 850 qm Wasserdruckhaltende Abdichtung
- 600 qm Verkleidung der Wand, Boden- u. Treppenflächen aus Spaltplatten

einschließlich aller Nebenarbeiten.

Bauzeit: 260 Werktage.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 20,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Marburg (Lahn), Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 6758 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Meldesluß am 7. 4. 1967.

Eröffnungstermin am 2. 5. 1967 um 11.00 Uhr im Zimmer 14 des Hess. Straßenbauamtes Marburg/L., Ketzlerbach 11. Zuschlags- und Bindefrist bis zum 20. 6. 1967.

335 Marburg (Lahn), 16. 3. 1967

Hessisches Straßenbauamt

**1085**

Bad Hersfeld: Die Bauleistungen für den Ausbau der Kreisstraße Nr. 21 zwischen Bahnhof Ottrau und Schorbach, (Kreis Ziegenhain), sollen vergeben werden.

## Leistungen u. a.:

- ca. 800 cbm Mutterboden abtragen
- ca. 1 650 cbm Boden lösen
- ca. 1 800 t Basaltmaterial 0/35 mm für Frostschuttschicht
- ca. 7 000 qm bit. Unterbau (240 kg/qm)
- ca. 6 800 qm Asphaltbinder 0/18 mm (84 kg/qm)
- ca. 6 600 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mm (60 kg/qm)

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 60 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis zum 31. 3. 1967 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 7,— DM für zwei Ausfertigungen anzufordern.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 6753 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 11. April 1967 um 10.00 Uhr im Gebäude des Hessischen Straßenbauamtes Bad Hersfeld. Zuschlags- und Bindefrist: 28 Werktage.

643 Bad Hersfeld, 17. 3. 1967

Hessisches Straßenbauamt

**1086**

Eschwege: Die Bauleistungen für den Ausbau der Landesstraße Nr. 3247, km 5,138 — 7,800 zwischen Frauenborn und Netra, Kreis Eschwege, sollen vergeben werden.

## Leistungen u. a.

- 5 000 cbm Mutterboden abtragen,
- 15 000 cbm Erdbewegung
- 6 000 qm Frostschuttschicht (21 cm dick)
- 3 500 t ohne Frostschuttschicht aus Basaltsplitt 10 cm dick
- 16 800 qm bit. Unterbau 0/35 (12 cm dick), 290 kg/qm
- 16 300 qm Asphaltbinderschicht 0/18 (84 kg/qm)
- 16 000 qm Asphaltfeinbetondeckschicht 0/12 (84 kg/qm)

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 220 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Angebotsunterlagen sind bis spätestens 4. 4. 1967 anzufordern. Sie werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 15,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Eschwege, Postscheckkonto Frankfurt (Main) 6746 oder Konto Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 25. April 1967, um 10.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Eschwege, Zuschlags- und Bindefrist beträgt 21 Werk-tage.

344 Eschwege, 17. 3. 1967

Hessisches Straßenbauamt

## Gesünder wohnen — bequemer leben!

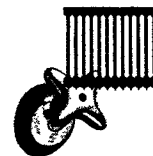
Unter diesem Gedanken steht die Internationale Sanitär- und Heizungs-Ausstellung. Durch sinnvolle Anwendung von Neukonstruktionen und technischen Weiterentwicklungen helfen Industrie, Handel und Handwerk dem Verbraucher zu mehr Hygiene, zu größerem Wohnkomfort. Fast 800 bedeutende Herstellerfirmen aus dem In- und Ausland zeigen anschaulich dargeboten, wie

ein Haus oder eine Wohnung modernisiert werden kann. — Sie werden von der Fülle der Anregungen und Informationen überrascht sein. Ein Besuch lohnt sich. —

**Jeder hat Zutritt.**

Fachbesucher-Tage: Die Tage vom 3.-5. April 1967 sind von 9.00 Uhr — 13.00 Uhr den Fachbesuchern reserviert.

**Internationale Sanitär- und Heizungs-Ausstellung Frankfurt am Main 1. — 9. April 1967**



**1087**

Hanau: Die Arbeiten für den Ausbau der Kreisstraße Nr. 872 zwischen Niederdorfelden und Wachenbuchen Krs. Hanau von km 0-150 bis km 2+715 sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

Im wesentlichen umfassen die Leistungen:

- ca. 20 000 cbm Bodenabtrag, davon ca. 3 000 cbm leichter Fels,
- ca. 8 000 cbm Frostschuttschicht (Kies mit Splittabdeckung)
- ca. 6 000 t Bindemittelmineralgemisch 0/45 mm
- ca. 20 000 qm Asphaltbinder 0/18 mm
- ca. 20 000 qm Asphaltfeinbeton 0/12 mm,
- und Verschiedenes.

Bauzeit: 220 Werktage nach Zuschlagserteilung.

Bietler müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 10,- DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Hanau — Postscheckkonto 6752 — unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Abholtermin ist der 3. April 1967.

Eröffnungstermin am Mittwoch den 19. April 1967, um 11.00 Uhr beim Hessischen Straßenbauamt Hanau, Hanau/M., Hainstraße 32.

Die Angebote sind mit der Aufschrift: „Ausbau der K. 872 zwischen Niederdorfelden und Wachenbuchen“ zu versehen. Zuschlags- und Bindefrist: 28 Werktage.

645 Hanau, 16. 3. 1967

Hessisches Straßenbauamt

**1088**

Hanau: Durch das Hessische Straßenbauamt sollen die Bauleistungen für den

1. Teilausbau und die Deckenverstärkung der B 276 bei Wächtersbach Krs. Gelnhausen zwischen km 0,450 und 0,768 sowie km 9,650 u. km 11,417 und für

2. den Teilausbau der Bundesstraße Nr. 40 von km 56,204 (Einführung der L. 3180) bis km 57,000 vergeben werden.

Zu 1. umfassen die Leistungen u. a.:

- ca. 6 800 cbm Erdabtrag einschl. Mutterboden
- ca. 720 t Hartsteinfrostschutzmaterial
- ca. 600 t Bindemittelmineralgemisch 0/35 mm
- ca. 450 t Asphaltbinder 0/18 mm
- ca. 8 500 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mm
- ca. 650 lfd. m 3-zeilige Rinne
- ca. 580 lfd. m Radwegflächen
- ca. 1 200 lfd. m Sickerleitungen
- und sonstige Nebenleistungen.

Bauzeit: 120 Werktage nach Zuschlagserteilung.

Die Selbstkosten betragen DM 8,—.

Abholtermin ist Dienstag, der 28. März 1967.

Eröffnungstermin am Dienstag, den 11. April 1967, um 10.30 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 9. Mai 1967.

Zu 2. umfassen die Leistungen u. a.

- ca. 700 cbm Erdaushub
- ca. 450 t Hartsteinfrostschutzmaterial 0/35 mm
- ca. 500 t Bindemittelmineralgemisch 0/35 mm
- ca. 150 t Asphaltbinder 0/18 mm
- ca. 1 800 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mm
- ca. 800 lfd. m 1-zeilige Rinne
- ca. 15 Stck. Straßeneinläufe
- ca. 120 lfd. m Steinzeugrohre  $\phi$  300
- und sonstige Nebenleistungen.

Bauzeit: 50 Werktage nach Zuschlagserteilung.

Die Selbstkosten betragen DM 8,—.

Abholtermin ist Dienstag, der 28. 3. 1967.

Eröffnungstermin am Dienstag, den 11. April 1967, um 11.00 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 20. April 1967.

Bietler müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung abgegeben. Vor Abgabe der Angebotsunterlagen sind die Selbstkostenbeträge bei der Staatskasse Hanau — Postscheckkonto Ffm. 6752 — unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Die Eröffnung findet beim Hessischen Straßenbauamt Hanau, Hanau (Main), Hainstraße 32, statt.

645 Hanau, 17. 3. 1967

Hessisches Straßenbauamt

**1089**

Dillenburg: Für die Verlegung der L. 3050 in der OD. Weidenhausen (Krs. Biedenkopf)

I. Bauabschnitt

sollen u. a. vergeben werden:

- 2 450 cbm Mutterbodenabtrag
- 50 000 cbm Erdbewegung (Dammschüttung)
- 3 400 t Frostschuttschicht
- 1 500 t Rüttelschotter 35/55 (380 kg/qm)
- 3 650 qm Asphaltbinder 0/18 (100 kg/qm)
- 3 600 qm Asphaltfeinbeton 0/12 (70 kg/qm)
- und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 160 Werktage.

Bietler müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 8,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Dillenburg (Postscheckkonto Ffm. Nr. 6820) unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 4. 4. 1967, um 11.00 Uhr im Hess. Straßenbauamt Dillenburg, Moritzstr. Zuschlags- und Bindefrist bis 2. 5. 1967.

634 Dillenburg, 14. 3. 1967

Hessisches Straßenbauamt

## Berater und Lieferer bei staatlichen und kommunalen Baumaßnahmen

**Wir führen  
für Sie  
aus**

Planung, Konstruktion und Bauleitung für Hoch- u. Ingenieurbau, Tiefbau und Verkehr, Maschinenteknik und Elektrotechnik

Zentrale: 61 Darmstadt, Rheinstraße 22  
Tel. 2 62 43—46 • FS: 04-189 428  
Zweigbüros 35 Kassel, Treppenstraße 10, T: 7 24 99  
in Hessen: 63 Gießen, Grünberger Str. 1, T: 3 34 40



### schröderplanung

Diplom-Ingenieur Heinz A. Schröder  
Planung und Beratung für das gesamte Bauwesen,  
Maschinen- und Elektrotechnik

*Dipl.-Ing. Rüd. Göhl*

BAUBERATUNGSGESELLSCHAFT M. B. H.  
4 FRANKFURT AM MAIN  
MÜNCHENER STR. 12  
RUF: 33 14 12 / 33 37 91

PLANUNG - BERATUNG  
FÜR

STADT - GEMEINDE - INDUSTRIE

WASSERVERSORGUNG • KANALISATION • ABWASSERREINIGUNG

*Fritz Russ*

Berat. Ing. DAI

Wiesbaden

Ruf: 37 20 44

Rheinstraße 36 Faulbrunnenstraße 12

Bauingenieurbüro

Baukonstruktionen Straßen-,

Statik Brückenplanung



**LOUIS BERGER GMBH.**  
ARCHITEKTUR- UND INGENIEURBÜRO

Frankfurt/Main, Baseler Straße 46, Tel. 33 86 60 u. 33 86 70  
Beratung • Planung • Bauleitung

# holu

## Haus für Vermessungs- und Zeichenbedarf

63 Gießen, Bahnhofstraße 39, Tel. 7 31 80

**1090**

**Arolsen:** Die Bauleistungen für die Beseitigung der Unwetter-schäden an der Watterbrücke im Zuge der K 6 zwischen Neuberich und Lütersheim von km 8,014 — 8,197 (Los I) und der Wandbrücke im Zuge der K 5 zwischen Schmillinghausen und Herbsen von km 8,468 — 8,838 (Los II) sollen vergeben werden.

**Leistungen u. a.:**

**Los I**

- 2 300 cbm Erdarbeiten
- 1 250 cbm Frostschutzmaterial 0/55 mm
- 1 100 qm Asphaltbinderschicht 0/18 mm 3,5 cm stark
- 1 000 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mm 2,5 cm stark
- und sonstige Nebenarbeiten

**Los II**

- 12 000 cbm Erdarbeiten
- 2 600 cbm Frostschutzmaterial 0/35, 0/55
- 2 300 qm bit. Unterbau 0/35 mm 10 cm stark
- 2 300 qm Asphaltbinderschicht 0/18 mm 3,5 cm stark
- 2 300 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mm 2,5 cm stark
- und sonstige Nebenarbeiten

Bauzeit für Los I — 40 Werktage.

Bauzeit für Los II — 60 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen für beide Lose werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 12,— DM am 3. 4. 1967 abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Arolsen, Konto Nr. 399 der Kreissparkasse Arolsen unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen (Keine Verrechnungsschecks).

Eröffnungstermin: 18. 4. 1967 um 10.00 Uhr Zimmer Nr. 9 des Hess. Straßenbauamtes Arolsen Zuschlags- und Bindefrist: bis zum 31. 5. 1967.

3548 Arolsen, 16. 3. 1967

Hessisches Straßenbauamt

**1091**

**Darmstadt:** Die Bauleistungen zum Ausbau der Kreisstraße 183, Ortsdurchfahrt Sickenhofen (von km 25,826 bis km 26,424) sollen vergeben werden.

**Leistungen u. a.**

- ca. 4 000 qm Kofferaushub in einer Stärke von 60 cm
- ca. 4 000 qm Frostschutzkies 33 cm dick
- ca. 3 200 qm Mineralbeton 20 cm dick
- ca. 3 200 qm Asphaltbinder 0/12 mm, 4 cm dick
- ca. 3 200 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mm, 3 cm dick
- ca. 1 300 lfd. m Rinnenplatten als V-Gosse, 60 cm breit
- ca. 1 500 qm Gehwegplatten 30/30/4,5 cm
- und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 100 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 5. 4. 1967 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 8,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto 35599 beim Postscheckamt Frankfurt (Main), mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen K 183, Ortsdurchfahrt Sickenhofen“.

Selbstholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 7. 4. 67 in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Darmstadt (Eingangsschalter).

Eröffnung: Dienstag, den 25. 4. 1967, um 10.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 12 Werktage.

61 Darmstadt, 14. 3. 1967

Hessisches Straßenbauamt

**1092**

**Darmstadt:** Die Bauleistungen für die Erd-, Unterbau- und Dekkenarbeiten zweier Parkplätze im Zuge der Autobahn-Eckverbindung Mönchhof — Darmstadt sollen vergeben werden.

**Leistungen u. a.**

- 8 100 cbm Erdmassenbewegung und Lieferung
- 2 500 qm Bodenverfestigung mit Zement
- 4 000 qm Betonfahrbahnfläche
- 1 300 qm Granitkleinpflasterfläche auf Unterbeton
- 2 800 qm Rüttelschotterdecke 15 cm mit Felsenkies
- und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 100 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis 24. März 1967 anzufordern; sie werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 30,— DM portofrei zugestellt.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Darmstadt, Neckarstraße 3a, Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 355 99 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 13. April 1967, um 11.00 Uhr im Sitzungszimmer (Nr. 323/24) des Straßen-Neubauamtes Hessen-Süd, Darmstadt. Rheinstraße 19/21. Zuschlags- und Bindefrist: 16. Mai 1967.

61 Darmstadt, 15. 3. 1967

Straßen-Neubauamt Hessen-Süd

**1093**

**Kraftloserklärung:** Auf Grund des § 14, Abs. 2, Ziff. 4, des Hessischen Sparkassengesetzes vom 10. 11. 1954 werden die nachstehend aufgeführten Sparkassenbücher für kraftlos erklärt:

1. Sparkassenbuch Nr. 17740 bei der Hauptstelle, lautend auf Luise Jung, Holzhausen, Hauptstraße
2. Sparkassenbuch Nr. 84189 bei der Hauptstelle, lautend auf Helga Hohler, Wetzlar, Unter dem Rotdorn 4
3. Sparkassenbuch Nr. 2289 unserer Hauptzweigstelle Nauborner Straße, lautend auf Margarete Hintz, Wetzlar, Pfaffengründchen 2
4. Sparkassenbuch Nr. 5001 unserer Hauptzweigstelle Braunfels, lautend auf Marie Hortig, Bonbaden, Schulstr. 9.

633 Wetzlar, 15. 3. 1967

KREISSPARKASSE WETZLAR  
Der Vorstand

**Für staatliche  
und kommunale Verwaltungen  
und Anstalten**

**TRIUMPH - BUROMASCHINEN**  
Büroeinrichtungen — Bürobedarf

**Ernst Baums oHG., Gießen**  
Bahnhofstraße 26 Tel. Sa.-Nr. 7 10 96

**BUROMÖBEL · BUROMASCHINEN**  
**ORGANISATIONSMÖBEL BÜROBEDARF VARIO**

**WILH. MÜLLER · BAD SODEN/TS.** HASSELSTR. 9  
T. 061 96-23481

**Büromöbel, Büromaschinen Bickenstock-Bürobedarf<sup>K</sup> G WIESBADEN, Moritzstraße 36  
Ruf: 37 40 / 50 / 58 / 59**

Der Staats-Anzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 7,20. Herausgeber der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Regierungsdirektor Gantz, für den übrigen Teil Karl Blum.  
Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG, 62 Wiesbaden, Postscheckkonto 6 Frankfurt/Main Nr. 143 60.  
Bankkonten: Bank für Gemeinwirtschaft 65 Mainz Nr. 78 326. Deutsche Effekten- und Wechselbank, 62 Wiesbaden Nr. 69 655. Hessische Landesbank Frankfurt/Main, Giro-Konto 15 542. Druck: Pressehaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden, Bahnhofstraße 33.  
Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42. Sa.-Nr. 3 96 71. Fernschreiber: 04-186 648.  
Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,50 und DM —,30 Versandkonten, bis 40 Seiten DM 2,— und DM —,35, bis 48 Seiten DM 2,40 und DM —,40 über 48 Seiten DM 2,60 und DM —,40. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages.  
Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 5 vom 1. 1. 1966. Umfang dieser Ausgabe 24 Seiten.

Noch nie gab es  
so viele verschiedene  
Volkswagen.



VW 1300 A



VW 1300



VW 1500



VW 1500 Cabriolet



VW 1600 A (45 PS)



VW 1600 A (54 PS)



VW 1600 L



VW 1600 TL



VW Variant 1600 A (45 PS)



VW Variant 1600 A (54 PS)



VW Variant 1600 L

VW-Transporter  
gibt es in vielen Modellen



und Ausführungen  
(für alle Branchen und Zwecke).



VW 1500 Karmann Ghia Coupé



VW 1500 Karmann Ghia Cabriolet



VW 1600 L Karmann Ghia Coupé

Noch nie war es so leicht,  
sich den passenden VW auszusuchen.  
Wir laden Sie ein zur Probefahrt.

#### OTTO GLÖCKLER

VW-Generalvertretung

6 Frankfurt (Main)

Am Erlenbruch 136 · Telefon 41 00 81

Darmstädter Landstraße 154—168 · Telefon 6 06 41

Ausstellungsraum am Parkhaus Frankfurter Hof

Berliner Straße · Telefon 6 06 41

Autohaus

J. WIEST + SÖHNE GMBH

VW-Großhändler

61 Darmstadt

Heinrichstraße 52

Telefon 0 61 51 / 7 10 91

VW-Großhändler

AUTOHAUS GLINICKE GMBH

35 Kassel

Königstor 70 · Frankfurter Straße 217

Ochsenhäuser Straße 37—39

Telefon 05 61 / 1 96 51

Ausstellungsraum am Königstor



AUTOHAUS ROSSEL GMBH

VW- und Porsche-Großhändler

62 Wiesbaden

Mainzer Straße 105—113 · Telefon 0 61 21 / 7 46 41

Ausstellungsräume

Wilhelmstraße 52 · Telefon 7 76 41

Bahnhofstraße 19 · Telefon 7 76 41